SELBSTWEHR

JÜDISCHES VOLKSBLATT

Einzelnummer Kč 2·–, Abonnement halbjährig Kč 45·– • Redaktion und Verwaltung: Prag I, Dlouhá 41, Telefon 62630

XXXI. JAHRGANG • NUMMER 41 • 26. TISCHRI 5698 • 1. OKTOBER 1937

Lord Peel gestorben

London. Der Vorsitzende der britischen Königlichen Kommission Lord Peel ist am 29. September im Alter von 70 Jahren auf seinem Landsitz Petersfield bei London, Grafschaft Hampshire, gestorben. Lord Peel war seit zwei Wochen leidend und hat das Bett nicht mehr verlassen können.

Ueberraschend kommt die Nachricht vom Tode eines Mannes, der wohl in der zionistischen Diskussion des letzten Jahres am meisten genannt worden war und der einen schicksalhaften Einfluß auf die Entwicklung des Palästinaaufbaus ausgeübt hat. Wohl sind sich alle Beurteiler darüber einig, daß der Bericht, den die unter seinem Vorsitz tagende und zweifellos von seiner Persönlichkeit am meisten beeinflußte Kommission herausgegeben hat, der objektivste und kenntnisreichste unter den vielen „Berichten" war, den englische hohe Beamte über das Palästinawerk im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgegeben haben. Wohl hat er unserer Leistung Gerechtigkeit widerfahren lassen und Anerkennung gezollt und hat die Probleme des Aufbaus erkannt und ernstgenommen. Wohl war er es, der seitens Englands deutlich erklärte, daß der Sinn des Mandats und des Begriffes der jüdischnationalen Heimstätte schließlich die Schaffung eines souveränen Judenstaates sei — aber er war es auch, der das verhängnisvolle Wort ausgesprochen hat, daß die nationalen Aspirationen von Juden und Arabern in Palästina unvereinbar seien, daß daher das Mandat undurchführbar sei und daß nur die Teilung Palästinas zu einer Lösung des Palästinaproblems führen könne. Nie hatte noch ein englischer Beamter oder Minister vor ihm ein solches Wort ausgesprochen; stets war die entgegengesetzte Ansicht, daß das Mandat wohl durchführbar sei, die offizielle Version gewesen. Von dem Moment an, da die Peel-Kommission diesen Standpunkt formuliert hat, ist er der offizielle Standpunkt der englischen Regierung geworden und dies ist wohl die entscheidendste Aenderung der englischen Palästina-Politik, welche seit der Balfour-Deklaration überhaupt vor sich gegangen ist. Es entspricht dies der merkwürdigen politischen Methode Englands, welches die Entwicklung seiner politischen Ziele durch ein seltsames Zusammenspiel von objektivem Studium der Tatsachen durch eine Kommission — und von Willenserklärungen durch seine Regierungen zustandekommen läßt. Es ist bekannt, daß sich die englische Politik in besonderem Maße durch Tatsachen beeinflussen läßt; die Feststellung dieser Tatsachen — das „Studium", den sozusagen wissenschaftlichen Teil der Politik, überläßt sie einer formellen unparteiischen Studienkommission — und auf diese stützt sie sich dann, wenn es der momentanen politischen Willenabsicht entspricht. Eine solche Kommission besteht nicht aus bloßen Wissenschaftlern, sondern weit mehr aus politischen Praktikern, sie arbeitet weniger nach wissenschaftlichen Methoden als in der Art eines Gerichtshofes, und das Ergebnis ist dann auch eine Art Synthese von wissenschaftlicher Arbeit, Gerichtsurteil und politischem Exposé — wie wir es eben im Peel-Bericht in vorbildlicher Weise kennengelernt haben.

Für solche Arbeiten braucht man Männer, welche die Fähigkeiten eines Wissenschaftlers, eines politischen Praktikers und eines Richters in sich vereinen — und ein solcher Mann war der verstorbene Lord Peel in hohem Maße; ein Mann, der als „Gerichtshofvorsitzender" durch große Sachkenntnis, Menschenkenntnis, Schlagfertigkeit und Humor die Situation beherrschte, der infolge seiner großen politischen Vergangenheit wußte, was England braucht und will, und der, wie der Bericht zeigt, die Fähigkeit hatte, ein großes Tatsachenmaterial wissenschaftlich zu verarbeiten und zu beherrschen — oder zumindest seine Kommissionskollegen in diesem Sinne zu leiten.

Lord Peel ist mitten in den Wirren und Meinungskämpfen gestorben, welche sein Werk bei Juden und Arabern, im Völkerbund und in der Meinung der ganzen Welt entfesselt hat. Er wird das schließliche Ergebnis des Berichtes, dem er den Namen gegeben hat, nicht mehr erfahren. Er konnte vielleicht nur noch feststellen, daß die große Zustimmung, die sein Bericht bei der englischen Regierung gefunden hat, zusehends schwächer wird — schwächer schon im englischen Parlament, noch schwächer im Zionistenkongreß, weiter schwächer in der Mandatskommission, und am schwächsten im Völkerbundsrat und in der Politischen Kommission des Völkerbundes.

Die englische Regierung hält wohl an seiner Grundidee noch fest, die Realisierung ist aber durch Einfügung einer Reihe von Zwischenkommissionen auf Jahre hinausgeschoben worden und wird wohl in diesen Jahren von der Entwicklung der weltpolitischen Ereignisse abhängig sein. Welche Rolle aber Lord Peel im Schicksal des jüdischen Volkes gespielt hat, ob eine gute oder eine schlechte, ob seine Ideen eine Lösung schwieriger Fragen war oder ob sie vielleicht die Situation noch kompliziert haben — diese Fragen wird wohl erst die Geschichte der nächsten Jahre oder vielleicht Jahrzehnte beantworten können. F. W.

★

Lord Peel, ein Enkel des berühmten englischen Staatsmannes Sir Robert Peel, begann seine Laufbahn als Anwalt. Ein hervorragendes Mitglied der Konservativen Partei, war er während des Krieges Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, 1921 bis 1922 Verkehrsminister und Kanzler des Herzogtums Lancaster, 1922 bis 1924 und 1928 bis 1929 Minister für Indien und eine Zeitlang Lordsiegelbewahrer. Er war ein hervorragender Kolonialfachmann und führte deshalb auch bei der Round-Table-Konferenz von 1932 den Vorsitz. Er war auch Mitglied der Round-Table-Konferenz für Burma.

Ende Juli 1936 wurde er vom Vorsitzenden der Britischen Kgl. Kommission ernannt, der die Aufgabe hatte, die Ursachen der Palästinaunruhen festzustellen und eine Lösung des Palästinaproblems zu empfehlen, mit der er am 11. November 1936 in Palästina eintraf und dort bis zum 19. Jänner 1937 verblieb. Die Kgl. Kommission legte das Ergebnis ihrer Untersuchungen bekanntlich in einem umfangreichen Bericht nieder, der als der „Peel-Bericht" in der Oeffentlichkeit bekannt ist. Obwohl nicht der unmittelbare Initiator des von der Kommission vorgeschlagenen Teilungsplanes — die Initiative wird dem Mitglied der Kommission Coupland zugeschrieben —, wird Lord Peel dennoch „der Vater des Teilungsgedankens" genannt. Seine Betrauung mit dem Palästinaproblem war die letzte große im übertragene öffentliche Aufgabe.

Tausende Juden flohen aus Bielitz-Biala

WIEDER EINE JÜDISCHE POSITION IN POLEN ZERSTÖRT — URSACHE DES LETZTEN POGROMS: ANFALL EINES EPILEPTIKERS — MASSENPSYCHOSE

Prag. (JTA.) Die letzten aus der Doppelstadt Bielitz-Biala an der Grenze zwischen Polnisch-Schlesien und Westgalizien eintreffenden Nachrichten besagen, daß mehr als 4000 Juden im Zusammenhang mit der letzten Pogromserie die Stadt verlassen haben. Bielitz auf der schlesischen und Biala auf der galizischen Seite zählen zusammen rund 50.000 Einwohner, davon etwa 10.000 Juden. Unter dem infolge der Regierungsmaßnahmen und der unaufhörlichen Terror- und Boykottwelle verarmten polnischen Judentum bildete die Judenschaft von Bielitz-Biala noch eine materiell starke Position, jetzt ist auch diese Position zerstört worden. Kein einziges jüdisches Geschäft und kaum eine jüdische Wohnung ist verschont geblieben.

In der Bialka, dem kleinen Flüßchen, welches beide Städte trennt, liegen herausgebrochene Fensterrahmen, zerbrochene Möbel und aufgeschlitzte Polster. Die in den Läden befindlichen Waren jedoch wurden zum größten Teil geraubt. Die christlichen Einwohner malten Kreuze an die Fenster, weswegen ihre Wohnungen verschont blieben. In vielen Fenstern sieht man auch das Bild der Czenstochauer Muttergottes. Alle nichtjüdischen Geschäfte tragen große Plakate mit der Aufschrift: „Christliche Firma" oder „Mitglied des christlichen Kaufleuteverbandes" oder sogar Aufschriften wie „Oesterreichischer Untertan" mit dem Stempel des österreichischen Konsulats in Bielitz.

Die umfangreichsten Verwüstungen und Plünderungen kamen in der Komarnicka-, Sukienicza-, Halnacka- und Lipnicka-Straße vor. Die Exzedenten richteten in dem Zentralheim der Chaluz-Organisation in der Wendzelisastraße ungeheure Zerstörungen an und setzten das Haus in Brand. Das Feuer konnte gelöscht werden. Die Synagoge von Bielitz ist teilweise zerstört. In dem Haus des 75jährigen Rabbiners von Bielitz, Dr. Steiner, wurden alle Türen und Fenster ausgebrochen. Der greise Rabbiner hat die Stadt verlassen. Die jüdischen Flüchtlinge, die sich mit der Bahn in Richtung Teschen an die Grenze gegen die Tschechoslowakei begaben, wurden in den einzelnen Stationen von Bielitz bis Skotschau von Demonstranten im Zuge überfallen und mißhandelt. Der Strom der Flüchtlinge ergoß sich in die benachbarten Städte, besonders nach Krakau und Teschen. Eine Anzahl jüdischer Flüchtlinge, acht Familien polnischer Staatsangehörigkeit und ein tschechoslowakisches Ehepaar, trafen in Prag ein. Meistens haben diese Pogromflüchtlinge in privaten Nachtasylen der Altstadt Unterkunft genommen, da sie ausgeraubt wurden und nur spärlich mit Geldmitteln versehen sind. Die Flüchtlinge erklären, daß sie, sobald sich die Lage in Bielitz-Biala beruhigt haben wird, dorthin zurückkehren wollen.

Die Bürgermeister der beiden Schwesterstädte haben einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, Ruhe und Ordnung zu wahren. Die Eltern wurden aufgefordert, ihre Kinder nach sechs Uhr abends nicht die Straße betreten zu lassen.

Bekanntlich wurde der letzte Pogrom in Bielitz-Biala durch das Gerücht ausgelöst, das ein gewisser Gorny von Juden niedergeschlagen worden ist. Inzwischen hat nun die Untersuchung ergeben, daß Gorny ein Epileptiker ist, der bei einem Anfall das Bewußtsein verlor und zu Boden stürzte. Die Behörden haben im Fall Gorny eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Prag, 30. September 1937.

Unterdrückung, Verfolgungen, Pogrome und verzweifelte Rufe der Ohnmacht sind zum Schicksal der jüdischen Gemeinschaften in vielen Ländern geworden; wir zittern nicht mehr überrascht auf, wenn uns täglich die Tagespresse von diesen Greueltaten berichtet; seit Jahr und Tag werden wir vom Fieber der großen Angst um die Ueberreste unserer Positionen in diesen Ländern geschüttelt und wenn was Schlimmes eintritt, beklagen wir eine längst aufgegebene Sache. Jüdisches Elend und jüdische Not sind uns tägliches Bewußtsein geworden und es schien uns als ob wir den Becher der Not bis zur Neige geleert hätten. Die letzten Tage haben uns eines Besseren — eines Schlimmeren belehrt: Not und Barbarei haben keine Grenze. Es ist unmöglich den Grad der Tiefe, den eine von Haß und Reaktion geblendete Gemeinschaft erreichen kann, vorauszusehen. In Polen ist der Tiefpunkt noch nicht erreicht. Und dennoch spüren wir, daß das, was heute in Warschau, Bielitz-Biala, Ostrolenka, Kielca, Lomža und in vielen anderen Orten vor sich geht, uns bis in unsere letzten Tiefen erschüttert.

Das polnische Judentum greift zu den letzten Reserven, um im Kampfe um die nackte Existenz durchzuhalten. Das Klirren der Scheiben, die aufgeschlitzten Bettzeuge, die geschwollenen Gesichter der blutig Geschlagenen, die demolierten Geschäfte jüdischer Kaufleute, die Greuelszenen an allen Jahrmärkten, wo jüdisches Hab und Gut in Stücke gerissen und Menschen-Tieren zum Rauben und Plündern hingeworfen wird, rufen gellend um Hilfe in eine taubgewordene Welt.

Wenn die Regierung die Juden nicht schützen kann und will, wenn öffentliche Stellen die reaktionärsten Elemente im Lande im Antisemitismus zu überbieten suchen, wenn die legitime Gewalt des Gesetzes Jahre hindurch die Huligane ungestraft ihr schauerliches Werk tun läßt, wenn so häufig diese Handlungen damit erklärt werden, daß die Regierung sich selbst gefährden würde, wenn sie sich dem „Volkszorn" widersetzte, ist es uns doppelt und dreifach unverständlich, warum die Regierung es den jüdischen Zeitungen verboten hat, über die Pogrome ausführlich zu berichten und das Volk über die Barbarei zu informieren. Dieses Verbot darüber zu schreiben, was Tausende von Menschen täglich sehen und an ihrem eigenen Leib so grauenvoll verspüren, die Verordnung der Behörden, die es sogar verbietet, aufzuschreien, wenn Massen massakriert werden, ist nicht dazu angetan, die Greueltaten selbst aus der Welt zu schaffen, sie schnürt lediglich den Opfern die Kehlen zu und potenziert die Leiden bis ins Unermeßliche.

Aus dem Dunkel des wiederkehrenden Mittelalters in Polen steigen Gestalten hervor, die wie einzelne Gerechte sich gegen den Haß der Massen sträuben und das zum Schweigen gebrachte Gewissen aufzurütteln versuchen, es gab polnische Schriftsteller und Gelehrte, die sich in eine Front mit den jüdischen Märtyrern stellten; aber ihr Ruf bleibt solange ein Schrei in der Wüste, solange keine sozialen Kräfte herangereift sind, die die Wagschale auf die Seite der Menschlichkeit umzuschwingen vermöchten. Diese Kräfte sind im ständigen Anwachsen begriffen. Es sei an dieser Stelle die Handlung jener Menschen in Kielce erwähnt, die, als vorige Woche die Läden jüdischer Buchhändler von Huligans belagert wurden, um den Schülern zu Beginn des Schuljahres den Zutritt zu diesen Läden zu versperren, diese Läden in einer Schlacht mit den Barbaren mit Gewalt freimachten; sie wanderten selbst nachher wegen ihrer menschlichen Tat ins Gefängnis. Arbeiter verließen an vielen Orten die Fabriken und begaben sich auf die Jahrmärkte, um die Juden zu schützen. Bauern verließen oft fluchtartig die Städte, als sich die Agitatoren am Marktplatz zeigten, um die Massen der angesammelten Bauern gegen die Juden zu hetzen. In Warschau und in allen anderen Städten warnten oft die Einwohner rechtzeitig ihre jüdischen Nachbarn und verhinderten hiemit das Blutvergießen. Um diese schimmernden Lichter der Humanität herum verdichtet sich jedoch desto mehr die Finster-

nis der Reaktion. Die **wilde Panik**, die in vielen Orten herrscht, zermürbt seelisch die jüdische Bevölkerung, die heute mehr denn je einer psychischen Hilfe bedarf, um nicht zu verzweifeln. Die gesamte jüdische Welt in der Diaspora und in Erez Israel und insbesondere hierzulande erklärt sich **solidarisch mit dem polnischen Judentum** und verfolgt bangen Herzens die Ereignisse an der Weichsel.

Was in Polen vorgeht, ist **eine neuerliche Warnung** für alle jene jüdischen Menschen, die sich sicher fühlen. Es ist eine Mahnung an unsere Gemeinschaft zu **gesteigerter jüdischer Solidarität und sozialer Aktivität** aller unserer Menschen zwecks Abwehr und **konstruktiven Abhilfe**. Wir müssen ununterbrochen auf der Wacht sein, da sich der Ring um uns immer enger schließt und die Gefahren von innen und außen sich verdichten. Die mörderischen Schüsse in Warschau und das verzweifelte Geschrei der Millionen rüttelt jeden einzelnen auf, selbst jene, die sogar das Jahr 1933 nicht aus ihrem Schlupfwinkel der Indifferenz aufzuscheuchen vermochten. Die Vitalität des Judentums findet ihren mächtigsten Ausdruck in jener zähen Entschlossenheit, aus der tiefen Not neue Lebenskräfte zu ziehen. Diese Aufrüttelung des Bewußtseins des Judentums in aller Welt sei unser Trost in diesen Tagen der Ohnmacht und Verzweiflung. So tot ist unser Volk nicht, daß aus dieser Not nicht neue Kraftquellen hervorbrechen sollten.

Dow Biegun

Distriktskommissär von Galiläa ermordet

Jerusalem. (Palcor.) Der Distriktskommissär von Galiläa Louis Yelland Andrews, sowie der britische Polizist Peter Robertson McEwan wurden am 26. September, als sie die Kirche in Nazareth verließen, ermordet. Vier maskierte Araber schossen auf sie aus dem Hinterhalt. Die Schüsse wurden aus nächster Nähe gefeuert und trafen Mr. Andrews mehrfach. Der getötete Polizist war Mr. Andrews Leibwache.

Mr. Andrews, der der erste britische hohe Beamte ist, der in Palästina getötet wurde, war einer von den Juden bestgeachtetsten Beamten, deren vollstes Vertrauen er genoß. Er war ein sehr fähiger Beamter in der palästinensischen Verwaltung. Während des Krieges war er Kapitän der australischen Streitkräfte und wurde 1920 Mitglied der Verwaltung von Sir Herbert Samuel. 1932 wurde er Beamter für Entwicklung und war spezieller Verbindungskommissar während des Aufenthaltes der Kgl. Kommission in Palästina. Erst im Juli wurde er zum Distriktskommissar für Galiläa ernannt. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder, die gerade in England sind.

Alle Straßen von und zu Nazareth wurden von der Polizei sofort nach dem Mord gesperrt. Gerüchten zufolge ist es wahrscheinlich, daß der Kriegszustand über Nordpalästina verhängt wird. Der Ausnahmezustand ist bereits verkündet worden.

Sofort nach dem Mord wurden Polizeihunde auf den Schauplatz gebracht.

Später stellte es sich heraus, daß Mr. Pirie Gordon, Hilfsbeamter des Bezirkskommissariats, der etwas im Hintergrund gestanden hatte, nur sehr knapp den Schüssen entkam. Andrews warnte ihn und rief ihm noch Warnungsworte zu.

Polizei und Militär sind fieberhaft beschäftigt, die Mörder zu entdecken, und im Norden Palästinas wurden die strengsten Maßnahmen getroffen. Es wurden bereits über hundert Verhaftungen vorgenommen, die viele arabische Persönlichkeiten von Rang und Dorfbewohner des Bezirkes einschließen. Militär traf in Nazareth ein und man glaubt, daß Mr. D. G. Harris, der Regierungsratgeber für Bewässerung, zum zeitweiligen Bezirkskommissar in Galiläa ernannt werden wird.

Mr. Battershill, zeitweiliger High Commissioner in der Abwesenheit von Sir Arthur Wauchope, General Wavell, der kommandierende Offizier, und der Distriktskommissar Mr. Maclaren hatten eine Konferenz über die Mordaffäre.

Am 27. September fand in Jerusalem, wohin die Leichen geschafft wurden, die Beerdigung der beiden Opfer mit allen militärischen Ehren statt. Für die Jewish Agency erschienen Mr. E. Kaplan und Mr. J. Gordon, für den Waad Leumi Mr. I. Benzvi. Ebenso waren Vertreter von anderen jüdischen Nationalinstitutionen und von zahlreichen jüdischen Siedlungen anwesend. Viele Kränze wurden von jüdischen Siedlern aus dem Emekgebiet gesandt. Der einzige Araber bei der Beerdigung war der Bürgermeister von Jerusalem.

Mr. Andrews hatte die Verantwortung für die Sicherheit in den neuen Siedlungen bei Beisan und hatte den Siedlern große Hilfe geleistet bei der Besetzung des von ihnen erworbenen Landes. Er hatte zahlreiche jüdische Freunde und besaß ein Haus in Nathanya, das er häufig besuchte. Mr. Andrews war einer von den wenigen britischen Beamten, die hebräisch sprechen.

Kleine Entente für Palästinapolitik im Geiste Balfours

ERKLÄRUNG DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN GESANDTEN KÜNZL-JIZERSKÝ IM NAMEN DER KLEINEN ENTENTE IN DER POLITISCHEN KOMMISSION DES VÖLKERBUNDES

Genf. Während der Debatte in der 6. (politischen) Kommission des Völkerbundes, welche der Frage des Palästinamandats gewidmet war, ergriff im Namen der Kleinen Entente der tschechoslowakische Gesandte in Bern, Künzl-Jizerský, das Wort und führte u. a. aus:

Die drei Staaten der Kleinen Entente (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) verfolgten immer mit der wohlwollendsten Sympathie die Entwicklung der nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina. Wir glauben, daß es sich hier um ein Werk handelt, dessen internationale und besonders europäische Bedeutung offensichtlich heute mehr denn je zu Tage tritt. Aufmerksam studierten wir die Schlußfolgerungen, zu welchen die Permanente Mandatskommission nach gründlicher Prüfung des palästinensischen Problems in seiner gegenwärtigen Phase gelangt ist. Wir haben auch die Einwendungen der Vertreter Aegyptens und des Irak gehört. Auf Grund dessen sind wir uns der Schwierigkeiten, mit welchen dieses komplizierte Problem verbunden ist, voll bewußt. Wenn es auf der einen Seite wahr ist, daß das palästinensische Mandat die historischen Lande, welche das jüdische Volk an Palästina binden, sowie die Gründe für die Erneuerung der nationalen jüdischen Heimstätte in diesem Lande anerkennt, so ist es auf der anderen Seite nicht minder wichtig, daß, wenn in diesem Teile der Welt der Friede auf festen und dauernden Grundlagen beruhen soll, auf gewisse Befürchtungen, welche aus dem arabischen Lager kommen, Rücksicht genommen werde. Im Hinblick auf die Bedeutung der Frage der jüdischen Einwanderung nach Palästina wünschen die Staaten der Kleinen Entente insbesondere, daß die endgültige Regelung den Wünschen des jüdischen Volkes entgegenkomme, daß die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina erhöht und daß auch in Zukunft die Möglichkeit der jüdischen Einwanderung nach Palästina gesichert werde.

Im Namen der Staaten der Kleinen Entente billige ich den Gesichtspunkt der Mandatskommission und das bedachte Vorgehen des Völkerbundrates, welche die Mandatarmacht dazu berechtigen, die Prüfung der Frage fortzusetzen, wobei der Rat sich seine Ansicht vorbehält.

Zum Schluß sprach der Redner die Hoffnung aus, daß Großbritannien im Geiste Balfours imstande sein wird, alle gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden.

Politische Kommission des Völkerbundes beendet Palästina-Debatte

ABWARTENDE HALTUNG — FRANKREICHS STANDPUNKT: PALÄSTINAPROBLEM EIN TEIL DER GANZEN JUDENFRAGE

Genf. (JTA.) Die VI. (politische) Kommission des Völkerbundes hat am Donnerstag die allgemeine Aussprache über das Palästinamandat beendet. Mit Ausnahme des südafrikanischen Vertreters nahmen alle Mitglieder der Kommission an der Debatte teil. Uebereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß mit Rücksicht darauf, daß der Völkerbundrat bereits die Fortsetzung der Prüfung des Problems durch die britische Regierung beschlossen hat, kein fester Beschluß gefaßt, sondern eine abwartende Haltung eingenommen werden solle.

Der englische Vertreter, Lord Cranborne, verwies noch einmal kurz auf den englischen Standpunkt zur Palästinafrage. Er sagte, die britische Regierung habe nur um die Ermächtigung nachgesucht, das Problem besonderer Berücksichtigung des Teilungsgedankens zu prüfen. Diese Ermächtigung sei erteilt worden. Alle nötigen Untersuchungen würden jetzt so schnell wie möglich eingeleitet werden. Sobald die englische Regierung konkrete Vorschläge machen könne, werde sie die ganze Angelegenheit noch einmal dem Völkerbundsrat zur weiteren Erörterung unterbreiten.

Der französische Vertreter, Paul-Boncour, befürwortete das bisher vom Völkerbund in der Palästinafrage beobachtete Verfahren. Er meinte, theoretisch sei das Palästinaproblem ein Teil der ganzen Judenfrage, die mit ihrem internationalen Charakter vom Völkerbund behandelt werden sollte. Praktisch sei dagegen zu befürchten, daß das ganze Problem sich komplizieren würde, wenn man jetzt die ganze Judenfrage zur Sprache bringe. Er stimme daher völlig dem britischen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu.

Der Vertreter Mexikos, Thele, führte aus, die Balfour-Deklaration habe den jüdischen Hoffnungen eine Tür geöffnet, die nicht wieder geschlossen werden dürfe. Man dürfe die Grundlage der Balfour-Deklaration nicht verlassen, müsse aber die Interessen der Araber im Auge behalten.

Der irische Ministerpräsident de Valera empfahl eine abwartende Haltung, die nichts von einer endgültigen Lösung vorwegnehme. Er meinte, daß die Teilung keine Lösung darstelle. Sie bedeute das grausamste Unrecht, das irgendeinem Volke zugefügt werden könne.

Der Delegierte Persiens wandte sich gegen den Vorschlag, daß Palästina im Zusammenhang mit der gesamten Judenfrage behandelt werden solle. Er begründete dies damit, daß eben die Judenfrage zu den Schwierigkeiten in Palästina geführt habe. Der Delegierte trat für eine Lösung ein, die die Achtung vor den Rechten der Araber in ihrem Lande mit den berechtigten Interessen der Juden versöhnt.

Der Delegierte des Irak warf die Frage auf, warum diejenigen europäischen Staaten, die einen Ausweg für ihre überschüssige Bevölkerung suchen, darauf bestehen, daß gerade die Juden diejenigen sein sollen, die auswandern, warum die arabischen Länder als Einwanderungsländer gewählt werden und warum just die Araber gezwungen werden sollen, diese Auswanderer aufzunehmen. Warum, fragte der Delegierte weiter, bieten die europäischen Staaten, die so viel Dankbarkeit für die jüdische Kultur empfinden, den Juden nicht ein Stück ihres eigenen Gebietes an? Der Redner polemisierte dann gegen die Ansicht, daß Lord Balfour jemals die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina beabsichtigt habe. Wäre dies geschehen, dann habe Balfour etwas geschenkt, was nicht er zu verschenken gehabt habe. Zum Schluß trat der Delegierte des Irak ebenfalls dafür ein, daß die Völkerbundsversammlung sich abwartend verhalte.

Keine vorgefaßte Meinung über die Form der Lösung

In dem Bericht der Politischen Kommission wird darauf hingewiesen, daß der Delegierte Englands erklärt hat, die Mandatarmacht für Palästina werde den Bemerkungen, die in der VI. Kommission bei der Debatte über die Palästina-Frage gemacht wurden, ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommission, so wird ausgeführt, sei auch davon überzeugt, daß der Völkerbundrat den Meinungsaustausch während der Debatte in der VI. Kommission gebührend berücksichtigen werde.

Die Kommission habe einstimmig festgestellt, es sei zu hoffen, daß bei dem von den zuständigen internationalen Faktoren durchzuführenden Studium des Problems keine vorgefaßten Meinungen über die Lösung der Palästinafrage, vielmehr alle das Wesentliche betreffenden Anschauungen maßgebend sein werden.

Die von der Politischen Kommisison der Völkerbundsversammlung einstimmig gefaßte Palästinaresolution, die der Vollversammlung des Völkerbundes zur Annahme unterbreitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die Völkerbundsversammlung, die die Tätigkeit der Mandatarmacht, der Ständigen Mandatskommission und des Völkerbundsrates in bezug auf die Anwendung der im Artikel 22 des Völkerbundspaktes und in dem Text des Mandats niedergelegten Grundsätze zur Kenntnis genommen hat,

a) erneuert das ihnen durch frühere Tagungen der Völkerbundsversammlung ausgesprochene Vertrauen und bringt ihre Anerkennung für die Ergebnisse zum Ausdruck, die sie dank einer engen und offenen Zusammenarbeit, deren Aufrechterhaltung wichtig ist, erzielt haben;

b) bringt ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das Palästinaproblem, das gegenwärtig dem Völkerbundsrat vorliegt, in gerechter Weise gelöst werden wird unter möglichst vollständiger Bedachtnahme auf alle legitimen Interessen, die auf dem Spiele stehen.

Nach der Abstimmung über den Resolutionsentwurf nahm der Präsident des Irischen Freistaates, de Valera, nochmals das Wort, um festzustellen, daß mit dieser Entschließung, die der Völkerbundsversammlung vorgelegt wird, das Prinzip der Teilung Palästinas noch keineswegs angenommen ist. De Valera sprach die Ueberzeugung aus, daß man bei der Lösung des Palästinaproblems nicht ausschließlich die eine Möglichkeit, die der Landesteilung, in Betracht ziehen werde.

Zu den Beratungen und Beschlüssen der 6. Kommission ist zu bemerken, daß die endgültige Lösung der Palästinafrage, soweit hierbei der Völkerbund in Betracht kommt, ausschließlich von der Stellungnahme des Völkerbundsrates abhängt. Die Haltung der Völkerbundsversammlung hat nur informativen und orientierenden Charakter.

Pilsudski-Legionäre warnen

Das Warschauer Organ des demokratischen Verbandes der ehemaligen Pilsudski-Legionäre „Czarno Na Bialem“ erhebt scharfen Protest gegen die neue Welle der antijüdischen Exzesse, die Polens Kulturstandard in den Augen der gesamten gesitteten Welt kompromittiert. Das Blatt schreibt: Was unter der Regierung Pilsudskis nie möglich gewesen war, ist zu einer täglichen Erscheinung geworden. Der Huliganismus korrumpiert die besten geistigen Werte des Volkes.

PRESSESPIEGEL

Man geht sehr vorsichtig an das Projekt heran

„Manchester Guardian“ behandelt im Leitartikel die augenblickliche Situation des Palästinaproblems und führt aus: Fünf Körperschaften haben bereits ihre Meinung betreffend den Palästina-Teilungsplan der Kgl. Kommission zum Ausdruck gebracht: das englische Parlament, der Zionistenkongreß, der Council der Jewish Agency, die Mandatskommission und der Völkerbundsrat. Keine dieser Körperschaften hat sich im Prinzip für die Teilung ausgesprochen, welche den Tod so vieler Hoffnungen bedeuten würde. Andererseits hat aber auch keine Körperschaft irgendeinen Plan einer anderen Lösung des Palästinaproblems unterbreitet, alle beschränken sich darauf, ihre Warnungen hinsichtlich des Teilungsplanes zu äußern. Man geht sehr vorsichtig an das Projekt heran. Man wird auch in Zukunft vorsichtig gehen, aber man wird gehen.

Es ist wahrscheinlich, fährt „Manchester Guardian“ fort, daß die Uebergangsperiode bis zur Durchführung der Teilung eine längere sein wird, als man erwartet hat; man spricht von zwei Jahren. Man dürfe aber das Problem nicht unnötig verzögern; die Periode politischer und terroristischer Störungen müsse endlich überwunden werden. Inzwischen hat die Mandatskommission eine sehr nützliche Feststellung gemacht, als sie erklärt hat, daß die jüdische Einwanderung nach Palästina sich nicht nach politischen Gesichtspunkten zu richten habe, sondern im Rahmen der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes vor sich gehen müsse. Minister Eden hat im Völkerbundsrat auch erklärt, daß die gegenwärtige Beschränkung (8000 Immigranten in acht Monaten) bloß eine außergewöhnliche und zeitweilige ist. Nur so ist sie annehmbar, nicht aber als politische Richtlinie. Wollte die englische Regierung wann immer eine Einwanderungseinschränkung aus politischen Rücksichten vornehmen, so müßte sie vorher beim Völkerbund darum einkommen, daß das Mandat geändert werde.

Was geht in Polen vor?

(Von unserem Korrespondenten.)

A. M. **Warschau**, Ende September.

Der blutig verlaufene Bauernstreik in Polen hat naturgemäß die Position der Regierung geschwächt. Man sollte annehmen, daß durch diese Tatsache die Regierungsparteien enger aneinander geschmiedet worden seien, um ihre bedrohte Herrschaft verteidigen zu können. Trotzdem aber macht die Zersplitterung innerhalb des Regierungslagers Fortschritte. Noch vor den unglücklichen Ereignissen in Kleinpolen fand innerhalb des Regierungsblocks eine Auseinandersetzung über die Politik statt, die gegenüber dem Block der Nationalen Vereinigung (Block des Obersten Koc) zu betreiben wäre und eine weitere Auseinandersetzung innerhalb des Blocks der Nationalen Vereinigung selber über seinen eigenen Charakter. Die Stellung, die diese neue Organisation gegenüber den Gewerkschaften, den oppositionellen Gruppen und gegenüber den Problemen der Demokratie, des Parlamentarismus und der Minderheitenpolitik einnimmt, hat deutlich ihren fascistischen Charakter erwiesen. Um aber innerhalb der breiten Massen Fuß zu fassen, waren die Führer dieser neuen Vereinigung zum Lavieren gezwungen. In gesellschaftlicher Hinsicht hat sich der Block der nationalen Vereinigung radikalisiert, aber seine politische Richtung tendierte nach rechts. Oberst Kowalewski und General Galica, die Leiter der Nationalen Vereinigung, haben in öffentlichen Kundgebungen von einer Erweiterung ihres Blocks sowohl nach rechts wie auch nach links gesprochen. Tatsächlich aber ist eine Fühlungnahme nur nach rechts, nämlich mit den National-Demokraten erfolgt. Und das geschah aus folgenden Gründen: Bald nach Gründung der Nationalen Vereinigung bemühte sich Oberst Kowalewski, der an der Spitze des Jugenddezernates der Vereinigung steht, darum, die Jungradikalen und die Jugend der Nationaldemokraten für sich zu gewinnen. Um das zu erreichen, hat er das ganze ideologische, antisemitische Rüstzeug und den sozialen Pseudoradikalismus dieser Gruppen übernommen. Die Jugend der Nationalvereinigung wurde unter dem Namen „Jungpolnischer Block" organisiert. Der Jungpolnische Block hat sich in Phrasen radikaler Färbung in Bezug auf das gesellschaftliche Leben gefallen, von der Abschaffung des Kapitalismus und ähnlichem gesprochen, aber in Wirklichkeit haben die antisemitischen Ausschreitungen seiner Huligans die national-radikalen Unternehmungen weit übertroffen. Besonders haben solche Ausschreitungen während des Septembers in Warschau stattgefunden, und sie erreichten ihren Kulminationspunkt in den Ereignissen vom 20., 21., 22. und 23. d. M. Die Konservativen und Großgrundbesitzer, die sich um die Tageszeitungen „Czas" und „Slowo" gruppierten, haben sich mit Freuden die Schlagworte des neuen Blocks zu eigen gemacht und haben sich bemüht, die ganze national-demokratische Partei in diesen Block hineinzuziehen. Zu diesem Zweck haben sie auf den Block der nationalen Vereinigung einen Druck ausgeübt, um zu erreichen, daß die Nationale Vereinigung das ganze national-demokratische Programm ohne Abstriche übernehme. Dies ist auch geschehen. Die national-demokratische Partei hat in die ihr entgegenstreckte Hand aber nicht eingeschlagen und war nicht bereit, sich mit dem Regierungsblock in die Herrschaft zu teilen. Ellenlange Artikel im „Czas" und „Slowo" haben zu beweisen gesucht, daß ein großes Polen nur entstehen könne durch eine konsolidierende Zusammenfassung der Rechten, bzw. durch einen Zusammenschluß der Männer, die im Block der Nationalen Vereinigung und der National-demokratischen Partei, die eigentlichen Führer der Volksmassen sind, aber diese Artikel haben nicht geholfen.

Inzwischen kam es zu den Unruhen in Kleinpolen. Genau wie der Regierungsblock im Vorjahre nach den Ausschreitungen in Krakau, Lemberg und Chorzow einen Ruck nach links machte, genau so manövriert jetzt nach den Unruhen in Kleinpolen die Nationale Vereinigung mit radikaleren Losungen wie Neuwahlen ins Parlament unter einem reformierten Wahlrecht. Es hatte den Anschein, daß die Regierung sich wirklich umorientiert hätte. Marschal Rydz-Smigly empfing einigemal den Minister Poniatowski, der infolge seiner bodenreformerischen Versuche gegenwärtig bei dem konservativen Block der Regierungsparteien und bei der „Obersten-"Gruppe höchst unbeliebt ist. Aber diese Hoffnung sollte sich bald als Traum herausstellen. Der Block der Nationalen Vereinigung erklärte, daß die Wahlen in die Selbstverwaltungskörper erst in einem Jahr und die in den Sejm erst in zwei Jahren stattfinden würden; in welche Richtung die Wahlreform gehen wird, sei noch unbekannt.

Die Gerüchte über die Aenderung der Wahlordnung verursachten in der N. D. und im rechten Flügel des Regierungsblocks große Panik. Der „Norodowy Dziennik", „Slowo" und „Czas" brachten Artikel, in denen sie der Regierung raten, sich mit der neuen Wahlordnung nicht zu übereilen. Zuerst sollen die Wahlen in die Gemeinderäte organisiert werden, danach die in die Dorfgemeinde, schließlich in die Betriebsräte und erst danach in die jüdischen Gemeinden. Wenn der Ausfall all dieser Wahlen günstig sein sollte, worunter zu verstehen ist: günstig im Sinne der sozialen Reaktion, könne man erst an eine allgemeine Aenderung der Wahlordnung denken. Die Aenderung der Wahlordnung müßte darauf Bedacht nehmen, die polnische Mehrheit in dem Sinne zu begünstigen, daß die Wahlordnung die Möglichkeit einer unerwünschten Beeinflussung des Wahlergebnisses durch die jüdischen Stimmen ausschließe, falls diese für die Linke abgegeben werden, d. h. es soll ausgeschlossen sein, daß die jüdischen Stimmen für die Linke positiv ins Gewicht fallen. Die neue Wahlordnung wird also ebenfalls nicht demokratisch sein.

Die ganzen Veränderungen innerhalb des Regierungslagers sind vom ersten Augenblick an auf heftigen Widerstand beim linken Flügel des Regierungsblocks gestoßen. Der linke Flügel wollte von einem Zusammengehen mit den Nationaldemokraten nichts hören und neigt heute mehr einem Zusammengehen mit der Bauernpartei und der polnischen sozialistischen Partei zu.

Vor einigen Wochen hat der Schützenbund mit dem Bund des polnischen Lehrertums Fühlung aufgenommen, der von den Nationaldemokraten und dem rechten Flügel des Regierungsblocks als kommunistenfreundlich betrachtet wird. In den letzten Tagen hat die innere Konsolidierung des linken Regierungsflügels Fortschritte gemacht. Die demokratischen Elemente gruppieren sich um den „Dziennik Poranny" und um das linksgerichtete Organ des Legionärverbandes „Czarno na bialem". In Warschau wurde ein organisatorisches Komitee des demokratischen Klubs ins Leben gerufen. Den Vorsitz in diesem Komitee übernahm der bekannte Gelehrte und Senator der Regierungspartei Prof. Dr. Michalowski. Aehnliche Klubs wurden auch in Krakau und Lemberg gegründet. In diesen Klubs sollen die Anhänger des früheren Blocks der Parteilosen gesammelt werden.

Welches Programm diese Klubs verfolgen, geht aus einem Interview hervor, das Prof. Dr. Michalowski einem Vertreter des „Czarno na bialem" gewährte. In diesem Interview sagte Prof. Michalowski folgendes:

Ein Volk, das seine Würde durch das Verbot freien Denkens erniedrigen läßt, sinkt auf die Stufe der Sklaverei zurück. Freien Menschen muß es erlaubt sein, über das Wohl des Staates sich Gedanken zu machen. Ein Haufen geistiger Eunuchen wird sich zu Bestrebungen für das Wohl der Gemeinschaft nicht emporringen können. Aber das Staatsinteresse verlangt, daß die Denkfähigkeit einer größtmöglichen Zahl von Bürgern in den schöpferischen Dienst am Staate eingebaut würde. Das ist aber nur möglich unter demokratischen Bedingungen. Die Autokratie, die erst jede schöpferische Freiheit erschlägt, verhindert in der Folge jede Zufuhr neuer schöpferischer Kräfte. Ohne jeden Zweifel ist unsere Freiheit von den Volksmassen erkämpft worden. Sollte nicht daher in ihren Händen die Bestimmung über das Schicksal des Staates liegen?

Prof. Michalowski führt weiterhin in dem Interview aus, daß die Welt der Arbeit 80 Prozent der polnischen Bürger umfaßt, und daß diese 80 Prozent mit ihrem Schweiß und mit ihrem Blut die Geschichte Polens schreiben. Prof. Michalowksi kritisiert die Nationaldemokraten und andere Kreise der Reaktion.

Die Mehrheit des polnischen Volkes (ohne Berücksichtigung der nationalen Minderheiten) steht außerhalb des Blocks der nationalen Vereinigung, aber sie ist nicht gleichgültig gegenüber den Veränderungen geblieben, die innerhalb des Regierungsblocks vor sich gegangen sind. Am lebhaftesten ist naturgemäß die Reaktion auf diese Veränderungen bei der Linken der polnischen sozialistischen Partei und der Bauernpartei, die bereits den Kontakt aufgenommen haben, um gemeinsam für die Demokratisierung der Wahlordnung in den Sejm und Senat zu kämpfen und für die Realisierung der Bodenreform, für fortschrittliche soziale Gesetzgebung und für eine Arbeiter- und

Erinnerungen an den Palästinabesuch Masaryks im Jahre 1927

Leib Jaffe:

Ansprache in Jerusalem

Im Jahre 1927 besuchte der verstorbene Präsident-Befreier Masaryk Palästina, wo er vom gesamten jüdischen Jischuw mit innigster Herzlichkeit aufgenommen wurde. Auf einem Empfang, den die zionistische Exekutive ihm zu Ehren gab, hielt der Direktor des Keren Hajessod Leib Jaffe eine Ansprache, in der er ausführte:

„Herr Präsident! Sie waren einer der wenigen, in denen wir eine vollendete Persönlichkeit schauten. Die Geschichte Ihres Lebens leuchtete uns voran. In Ihnen sehen wir den Helden, der furchtlos den Kampf für die Freiheit der Menschen und der Völker führte. Für Sie, in Ihrer Größe und unbeugsamen Willensstärke, war, wie einer Ihrer Freunde es ausdrückte, nichts so klein, daß Sie es verachtet hätten, und nichts so groß, daß es Sie völlig beherrscht hätte. Sie schützten jenen unglücklichen schuldlosen Mann, schützten die Ehre unseres Volkes, weil Sie jeden Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen. Als einer der ersten erkannten Sie unsere nationale und zionistische Bewegung. Sie sehen in ihr den inneren Freiheitskampf eines Volkes, die Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes. Von Ihnen hörten wir den Satz: „Ich begreife den Zionismus vor allem von der moralischen Seite. Ich sehe in ihm einen Tropfen vom Salböl der Prophetie." Der Zionismus ist nicht durch den Antisemitismus erzeugt worden — er strömt aus der Tiefe des Volkes und seiner Sehnsucht nach



Empfang im Gebäude der zionistischen Organisation

Ussischkin, Motzkin, Masaryk, Col. Kisch. An der Stirnseite Henrietta Szold.

Freiheit. Sie waren einer der ersten, der zu der großen Welt von Achad Haam gesprochen und seinen Gedanken von „äußerer Freiheit — innerer Knechtschaft" dargelegt hat.

Ich erinnere mich, welchen Eindruck Ihr Werk „Die Grundlagen des Marxismus" auf die junge jüdische Generation, auf unsere studentische Jugend gemacht hat. Wir waren damals noch in etwas chaotischem Zustand, isoliert und verachtet. Unsere nationale Bewegung galt in den Augen unserer Gegner und unter deren Einfluß auch bei Fremden als eine finstere, reaktionäre Bewegung. Da plötzlich fanden wir in Ihrem Werk ein Kapitel über unsere nationale Bewegung und den Zionismus, über sein Recht und seinen inneren Wert. Beseelt von den Empfindungen der Religion und Moral, erkannten Sie die moralische Kraft, die in unserer Bewegung herrscht, die innere Wahrheit, die sie erfüllt.

Gedanke und Tat haben sich in Ihnen vereinigt. In Ihrer Jugend waren Sie selbst Schmied. Sie schmiedeten das Eisen, schmiedeten die Zukunft Ihres Volkes und Ihres Landes. Jetzt schauen Sie die Arbeit unseres schöpferischen Aufbaues. Wir sind glücklich, Sie hier begrüßen und Ihnen die Früchte unserer Tätigkeit, in der sich ebenfalls Gedanke und Tat vereinigen, zeigen zu können.

✣

Irma Singer:

Masaryk in Dagania

Am 13. April 1927 fuhren die Automobile in den Wirtschaftshof ein. Unserem Lebensprinzip folgend, jeden in gleicher Schlichtheit zu empfangen, waren wir nur einige wenige, die um die gegebene Stunde bei den Automobilen harrten.

Ich trat an den Wagen, in welchem ich das markante Antlitz des großen Gastes sah, und staunte und wunderte mich über die Art, wie der damals 75jährige Masaryk aus dem Wagen sprang. Eine Leichtigkeit und Elastizität war ihm eigen, die jedem Zwanzigjährigen zur Ehre gereichen könnte.

Er blickte sich zuerst von der Höhe seiner Gestalt um, und als er in seiner Sprache empfangen wurde, freute er sich sichtlich darüber.

Anders war gewiß sein Verhältnis zu den Menschen hier, mit denen er sprach, anders, freier und ungehemmter auch die Art der zu ihm Sprechenden. Es war keine offizielle Audienz, es war ein Besuch. Ließ er doch seinen Präsidententitel in Europa und reiste und gab sich überall nur als Professor und wollte auch so angeredet werden. Und als er dann den obligatorischen Rundgang um den Wirtschaftshof, den Besuch im Stall begann, staunte ich über die Eindringlichkeit seiner Fragen.

Seine Bemerkungen waren immer mit ein wenig Humor gemischt, und als ich ihm im Stalle eine Kuh zeigte, die 4000 Liter im Jahre gab, sagte er, mit seinen grauen Augen schelmisch zwinkernd: „Wenn die bei uns wäre, würde ich ihr gewiß eine Medaille geben."

Als wir den Rundgang beschlossen und uns zu einem konzentrierten Gespräch niederließen, war plötzlich der Humor in seinem jugendlichen Antlitz verschwunden. Er blickte einem beim Gespräch gerade in die Augen, forschend, als wollte er noch das ergründen, was sich hinter den Worten versteckt, als wollte er jene ungesprochenen Worte aus der Seele seines Gegenübers locken, die ein Geheimnis bergen.

Und langsam beginnt er nach jenem zu suchen, beginnt um das eine herumzutasten, das immer und überall das Bauende, das Schaffende, das Wirkende ist: um den Menschen.

Er weiß von Versuchen, ähnlichen der Kwuzah. Er fragt nicht viel nach der Organisation, die verschiedenen technischen Komitees streift er nur flüchtig, aber er kehrt immer wieder zu dem einen zurück: zum Menschen.

Lebensformen ändern sich, aber Leid, Freude, Aufopferung, Entsagung, Egoismus, die werden so lange bestehen, solange es Menschen unter der Sonne geben wird, und um diese will er wissen. Dann aber dringt er tiefer. Fast vorwurfsvoll fragt er mich: „Warum ist hier kein Tempel?"

Ich trachte ihm klarzumachen, daß die Genossen nicht beten, weil sie doch keine anonymen Gebete in den Weltraum senden wollen. Da bleibt er mitten im Gehen stehen, schaut zu mir herab und sagt: „Auch im anonymen Gebet ist eine reinigende, stärkende Kraft!"

Und er erzählt mir von den Quäkern und ihrem stillen, stummen Gottesdienst.

Er beweist mir, wie das Gebet und die Religiosität zur Bescheidenheit führen.

Worte höre ich, die damals nur zum Verstand, nicht viel zu meinem Herzen drangen,



Masaryk, Col. Kisch, der damalige außenpolitische Leiter der zionistischen Exekutive und der Direktor des Keren Hajessod Leib Jaffe.

aber erst jetzt, nach Jahren der Reife und Entwicklung, begreife ich ihre tiefe Wahrheit...

Und eines noch ist mir in Erinnerung geblieben. Eine Kleinigkeit vielleicht, aber Kleinigkeiten sprechen viel für Menschen, beweisen sowohl ihre Größe als auch im Gegenteil ihre Nichtigkeit.

Wir bewirteten die Gäste mit den damaligen Erzeugnissen Daganias: Butterbrot, Milch und Bananen.

Als man Masaryk die Tasse kalter Milch hinreichte, geschah ein Unglück: eine Fliege fiel in die Milch. Ich wollte ihm die Tasse wechseln, er machte aber eine abwehrende Handbewegung und nahm mit dem kleinen Finger die Fliege heraus. Einige Wochen vor seinem Tode erzählte ich diese Begebenheit an unserem Tische, als man einem Genossen eine Tasse Milch gab, eine Fliege darin schwamm und der Genosse die Tasse dem in der Küche arbeitenden Chaver zurückstellte.

Viel wollte er darüber wissen, was mit uns sein wird, bis wir arbeitsunfähig, alt sein werden... Eine Frage, auf welche wohl viele von uns keine Antwort zu geben vermögen. Und ich glaube kaum, daß er sich mit meiner Antwort: „Es wird wohl so sein wie überall im Dorfe — die Kinder werden arbeiten und die Eltern mithelfen", begnügte, aber als er von uns Abschied nahm und uns viel Kraft und Gelingen wünschte, betonte er ganz besonders — „auch für diese späteren Tage"...

Dagania, am 17. September 1937.

Stimmen

Masaryk

Es ist ein Trost in dieser Zeit, daß zu den Staatsmännern und Volksführern, die an ihr Ziel gelangten, nicht allein ein Hitler gehört hat, sondern auch ein Masaryk.

(„Neues Tagebuch“, Paris.)

Da schlugen ihm (Masaryk) Studenten die Fenster ein und eine überhitzt chauvinistische Presse verfluchte den Tag seiner Geburt. Und nicht anders erging es ihm als er aus falsch verstandener Humanität für einen jüdischen Ritualmörder eintrat und damit gegen sich den berechtigten Volkszorn wandte.

(„Völkischer Beobachter“, Berlin.)

Für uns Juden, die er einst gegen die Schmach der Ritualmordlüge verteidigt hat, bedeutet der Tod Masaryks den Verlust eines Staatsmannes, dem die Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger eine moralische Selbstverständlichkeit war und dessen Freundschaft zu unserem Aufbauwerk in Palästina nicht antisemitisch motiviert war.

(„Der Jude“, Wien.)

•

Die „Histadruth Haowdim“

Am Neujahr des Jahres 5687 hat die Histadruth 76.000 Mitglieder gezählt, mit den Frauen 92.000. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl 83.000 bis 85.000 mit den Arbeiterfrauen 105.000. Am 2. März 1937 wurde eine allgemeine Arbeiterzählung durchgeführt. Es wurden 104.109 Arbeiter registriert. 35.431 Arbeiterfrauen und 59.793 Arbeiterkinder. Mehr als 80 Prozent der jüdischen Arbeiter sind in der Histadruth organisiert, die Arbeiterschaft stellt die Hälfte des gesamten Jischuw in Palästina dar.

(Dr. Walter Preuß.)

•

90 Prozent

Die chaluzische Einwanderung hat im vergangenen Jahr die Prüfung bestanden. Von den 5000 Chaluzim, die im Jahre 1936 ins Land gekommen sind, sind nahezu 90 Prozent ins Dorf und auf andere Pionierplätze gegangen. Nur dank dieser Chaluzim konnte der Jischuw das schwere Jahr überdauern.

(Elljahu Dobkin.)

•

Ein Vorschlag

Tretet Palästina an Deutschland ab! Deutschland ist am geeignetsten, die Verwaltung in Palästina zu führen. Deutschland ist ein Land von erprobter Verwaltungsfähigkeit.

(„The Black Shirt“, Organ der britischen Mosley-Fascisten.)

Der „Jüdische Almanach“

Eine Zeitung, die der jüdischen Zukunft dient, gibt einen Jahres-Almanach heraus. Die Herausgeber haben die ausgezeichnete Idee, diesen Almanach nicht, wie es üblich ist, zu einem bunten Durcheinander von Beiträgen zu machen, sondern den Mitarbeitern ein einheitliches Thema zu setzen. So ist es erfreulich konsequent in sich, daß dieser Almanach*) wie die Zeitung, deren Jahresgabe er ist, von der jüdischen Zukunft handelt. Wovon kann er handeln? Der Almanach hat zum Thema: Das jüdische Kind.

Kindheitserinnerungen aus Osteuropa; aus den erlauchten Federn von Bialik und Schmarjahu Levin, Erinnerungen aus demselben Milieu von Saul Tschernichovsky, dem Arzt und hebräischen Dichter, von Mendele Mocher Sfarim, der aus einem jiddischen zu einem hebräischen Dichter wurde. Kindheitserinnerungen aus dem Westen von Max Brod und Franz Kafka; die letzteren dargebracht von Brod. Der Zusammenstoß zwischen Ost und West im „ungesehenen Lichterfest“ von Oskar Baum; die Chanukkah der blinden Kinder aus Ost und West bleibt der Erinnerung . . . Und dann: das jüdische Kind in der jüdischen Zukunft: das Kind in Erez Israel. M. Th. Ben-Gavriel schreibt über die Mentalität des palästinensischen Kindes, der ausgezeichnete Journalist C. Z. Klötzel gibt Notizen über Ben-Shemen, das Kinderdorf, das zu einer der wichtigsten Keimzellen unseres neuen Lebens geworden ist, Dr. Erwin Arnstein veröffentlicht die Ergebnisse einer statistischen Untersuchung über die körperliche Leistungsfähigkeit und Entwickung jüdischer Kinder in Palästina. Dr. Freund schildert die Versuche heilpädagogischer Arbeit in Haifa, die die sozialen und psychologischen Schäden, die die Golah uns nach Palästina schickt, und die durch manche mit vorhandenen Unzulänglichkeiten in unserer sozialen Struktur entstehen, bekämpfen soll.

Das jüdische Kind heute lebt leider nicht nur in der Freiheit Palästinas und nicht nur in der ummauerten Welt des östlichen Ansiedlungsrayons. Es lebt in dieser Welt, und es leidet also auch im Dritten Reich. Der Aufsatz von Hans Martin über das jüdische Kind in Deutschland gehört sowohl wegen der Tatsachen, die er darstellt, als auch wegen der Sachlichkeit, mit der er sie darstellt, zu den besten dieses Almanachs. Aber das jüdische Kind lebt nicht nur heute; es war immer da und hatte in jeweils anderen Lebenslagen immer wieder ein jüdisches Schicksal. Ein Auszug aus den Erinnerungen von Salomon Maimon, den Goethe so interessant fand, zeigt ein jüdisches Kind um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts. Willy Haas taucht in den „Brunnen der Vergangenheit“, den gerade in diesem Bezirk Thomas Mann als „unergründlich“ erlotete, und schreibt einen „Traktat vom jungen Isak“. Traktiert er ihn? Richtet er ihn zu für unser Verständnis? Ich glaube: er stellt ihn dar, und das heißt viel bei solchem Thema.

Dieser Almanach ist bunt durch die ausgezeichneten Bilder, die ihm beigegeben sind, und durch die Vielfalt der Gesichtspunkte, von denen aus das jüdische Kind seine Darstellung findet. Fast wäre man versucht, ihn für ein Kompendium unseres Wissens um das jüdische Kind zu halten, so wie etwa der Rückblicksaufsatz von Hans Lichtwitz bei aller Kürze ein Kompendium der Ereignisse eines vergangenen schweren Jahres ist. Aber dieser Almanach, nach dem schönen Geleitwort seines Herausgebers Felix Weltsch zum „Trost“ und zur „Stärkung“ bestimmt, hat nicht die Schwere eines Kompendiums. Er verbindet in glücklicher Weise das Bild mit der statistischen Zahl, den „palästinensischen Kindermund“, dem Heinz Stroh, Margit Wellner und „Mirjam“ zum Teil bezaubernde Proben entnahmen, mit dem Ernst der Darstellung, den Irma Singer aus Dagania, Mutter und Märchen-Erzählerin, an den Tag legt, wenn sie den Zusammenstoß ihres in der Kwuzah aufgewachsenen Sohnes Dan mit der bürgerlichen Welt Europas beschreibt.

Die Aufgabe eines Rezensenten ist, dem Leser zu sagen, was man in dem besprochenen Buche findet. Man findet in diesem Jüdischen Almanach aus vielen Bildern in Form und Wort zusammengesetzt ein Gesamtbild des jüdischen Kindes. Darüber hinaus soll und darf der Rezensent seine eigene Meinung sagen: nach dem Bericht: das Gesicht. Den stärksten Eindruck machte auf mich der Aufsatz von Irma Singer, weil er das vollbringt, was nur ein Dichter kann: an einem Einzelfall das Allgemeine erkenntlich machen, an der Reaktion des Knaben Dan die Frage aufwerfen, wieweit unsere Erziehung unsere Kinder fähig macht, die Welt zu ertragen, so wie sie ist, und wieweit unsere Erziehung unsere Kinder einschließt in einen Lebensbezirk, den sie fälschlich für die Welt halten. Es tut nichts zur Sache, daß der Rezensent anderer Meinung ist als Irma Singer, aber ihr Aufsatz scheint mir der wichtigste dieses Almanachs zu sein, weil er am meisten zur Stellungnahme zwingt. An zweiter Stelle steht für mich der Aufsatz von Hans Martin über das jüdische Kind im Dritten Reich, weil er verhindert, daß dieser Almanach nur „Trost“ wird und uns nicht auch die quälende Unruhe, den Stachel zur Lösung der ungeheueren Aufgabe beschert, vor der wir stehen: wenn schon nicht das ganze jüdische Volk, so doch das Volk in seinen Kindern zu retten. Klötzel schildert, wie das an einem, dem wichtigsten Punkt, in Ben-Shemen, geschieht. Arnstein und Freund erinnern daran, daß diese große Aufgabe nicht mit Gefühl und Wort allein, sondern nur mit der Sachlichkeit der Tat geleistet werden kann.

Die persönliche Meinung des Rezensenten ist, daß schon allein in diesen vier ihm als die wichtigsten erscheinenden Beiträge des Almanachs dies Büchlein seine Aufgabe erfüllt hätte: den Rückblick auf die Vergangenheit und den Ausblick in die Zukunft zu geben, den Trost und die Stärkung und schließlich die Gegenwart darzustellen, die Aufgabe — und die Mittel, mit denen sie zu bewältigen ist. Dieser Almanach ist reich wie sein Gegenstand: schön und wahr, nüchtern und beschwingt zugleich, wie all unser Werk sein muß, wenn es Bestand haben soll. H. R.

*) „Jüdischer Almanach 5698“, Verlag „Selbstwehr“ (Prag I., Dlouhá 41). Preis Kč 18.—.

PALÄSTINA-UMSCHAU

Ein Masaryk-Kulturhaus

Bei der am 21. September stattgefundenen „Masaryk-Gedenkfeier“ in Kfar Hamakabi, an welcher alle Mitglieder der Kwuza teilgenommen haben, wurde beschlossen ein Kulturhaus auf den Namen „T. G. Masaryk“ in Kfar Hamakabi zu errichten.

Die Sukkoth-Festlichkeiten

Anläßlich der Sukkoth-Feiertage finden auf dem Karmel besondere Volksfestlichkeiten statt, die eine ganze Woche dauern. Sie wurden mit einem Schauspiel von Josef Kastein, „Das große Epos“, eröffnet, das die Geschichte der Eroberung Kanaans durch Israel darstellt.

Die Citrus-Saison

Die Vorbereitungen für die Citrusernte werden jetzt im Hafen von Tel Awiw begonnen. Man schätzt, daß etwa zwei Millionen Kisten von Tel Awiw aus versandt werden, d. h. etwa 20 Prozent des gesamten Exports. Die Aussichten der Citrusernte auf den Weltmärkten haben sich erheblich gebessert.

Anleihen für Orangenpflanzer

In jüdischen Landwirtekreisen verlautet es, daß M. Smilansky, der sich gegenwärtig in England aufhält, Verhandlungen über die Schaffung eines Fonds im Ausmaße von 1,000.000 Pfund führt, aus dem jüdischen Orangenpflanzern Darlehen zu niedrigen Zinsen gewährt werden sollen.

Ueber 62.000 Pfund Defizit im Staats-Budget

Wie offiziell mitgeteilt wird, schließt das Finanzjahr 1936/37 mit einem Defizit von über 62.000 Pfund ab, die durch den Ueberschuß aus früheren Jahren gedeckt sind. Die offiziellen Schätzungen für 1937/38 sehen Einnahmen in der Höhe von 5,014.909 Pfund und Ausgaben in der Höhe von 5,077.169 Pfund vor, davon 819.000 Pfund für Polizei- und Gefängniswesen, 187.000 Pfund für das transjordanische Grenzkorps und 351.250 Pfund für Verteidigungszwecke.

Eine Masaryk-Straße in Tel Awiw

Bei den Trauerfeiern, die in ganz Palästina stattfanden, wurde eine Resolution des Inhaltes angenommen, ehestens eine Ansiedlung jüdischer Einwanderer aus der Tschechoslowakei zu gründen, welche den Namen des verstorbenen Präsident-Befreiers T. G. Masaryk tragen und „Kfar (Dorf) Masaryk“ heißen wird. Der Stadtrat in Tel Awiw hat beschlossen, eine der Hauptstraßen „Masaryk-Straße“ zu benennen.

Autobus-Verkehr Tel Awiw—Haifa

Die Autobus-Kooperativgenossenschaft „Egged“ hat den Verkehr auf der neuen Chaussee Tel Awiw—Haifa aufgenommen. Die Fahrzeit wird dadurch um eine Stunde verkürzt. Die neue Straße verläuft durch rein jüdisches Gebiet.

Innerarabischer Terror

In der Nacht zum Sonntag wurden zwei reiche arabische Effendis von arabischen Terroristen in ihren Häusern ermordet. Einer der Ermordeten ist der reiche christliche arabische Gutsbesitzer Said Awad Khoury im Dorfe Mul bei Nazareth, der zweite ist der Scheich Mohamed Ibrahim im Dorfe Damun bei Akko. Sowohl Khoury als auch Ibrahim hatten vor kurzem Boden an Juden verkauft, man nimmt an, daß die Morde aus diesem Grunde vollführt wurden. Gegen Khoury wurde vor einiger Zeit bereits ein Mordattentat verursacht. Das arabische nationale Komitee Nordpalästinas hat im Zusammenhang mit diesen Morden einen Aufruf an die Terroristen veröffentlicht, mit dem Mordterror endlich aufzuhören.

Arabischer Angreifer bestraft.

Die vier Araber, die im Zusammenhang mit dem Angriff auf zwei jüdische Hilfspolizisten in Safed verhaftet worden sind, wurden zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Im Dorfe Jaouni sind drei Araber verhaftet worden, die der Beteiligung an dem Schießen auf Rosch Pinah überführt wurden. Sie wurden zu Gefängnisstrafen in Akko verurteilt. Außerdem wurde dem Dorf eine Kollektivstrafe auferlegt; ferner ein aus sechs Mann bestehender Polizeiposten dort etabliert, dessen Kosten das Dorf tragen muß.

Bauernregierung. Daher ist der polnische Bauernstreik durch Generalstreiks in Krakau, Tarnow und anderen Städten Kleinpolens unterstützt worden.

Obwohl die Nationaldemokraten mit der Tatsache, daß die Regierungspartei ihr Programm akzeptiert hat, einigermaßen zufrieden sind, werden sie doch durch die Befürchtung in einige Verlegenheit gesetzt, daß sie durch Uebernahme ihres Programms seitens der Regierungspartei das Monopol auf ihr antisemitisches Steckenpferd verlieren. Die Nationaldemokraten führen eine heftige antisemitische Boykott-Kampagne, erfreuen sich dabei des stillschweigenden Einverständnisses der maßgebenden Faktoren und sammeln Trophäen in Gestalt vernichteten jüdischen Vermögens und in Gestalt der unmenschlich malträtierten und vernichteten jüdischen Opfer.

Außerdem bildete sich unter dem Namen „Front Morges“ (so genannt nach dem Namen eines Ortes in dem eine bedeutsame demokratische Konferenz stattfand), eine neue Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat, den demokratischen Formen reaktionäre Inhalte zu geben. Lange war man darüber im Unklaren, welches die Ziele dieser „Front Morges“ sind. Man bemühte sich Rückschlüsse auf das Programm dieser Gruppe zu ziehen, indem man von den Personen ausging, die angeblich zu dieser Gruppe gehören sollen. Man nannte die Namen: Padarewski, Korfanty, Witos, General Haller, Gen. Sikorski, Koskowski, Strnski usw. Man versuchte auch das Programm dieser „Front Morges“ aus dem Inhalt der beiden Zeitungen herauszudestillieren „Zwrot“ und „Dziennik Bydgoski“, durch welche diese Gruppe repräsentiert wird. Jetzt erfährt man aus einer dieser Zeitungen, daß die „Front Morges“ konkrete Formen annimmt:

Am 10. Oktober wird ein demokratischer Kongreß stattfinden, der das Ergebnis der Vereinigung zweier polnischer demokratischer Parteien ist, der christlich-demokratischen und der Nationalen Arbeiter-Partei. Die Nachrichten der Tagespresse über diesen Kongreß sind unvollständig.

Was die leitende Idee dieser vereinigten polnischen Demokratie ist, erfährt man aus dem „Dziennik Bydgoski“.

Die Vor-Mai-Demokratie könne nicht in der alten Form wiederkehren, weil sie eine internationale und keine nationale Demokratie war. Im übrigen aber könne sich eine solche Wiederkehr niemals in schon dagewesene Formen vollziehen. Die Verschiedenheit der Rechte für die Vielfalt der Bürger, die auf polnischer Erde leben (z. B. der Juden), bilde allein die polnische Demokratie; nur sie bahne den Weg für einen saghaften Fortschritt des polnischen Lebens.

Das Programm ist deutlich. Die nationalen Minderheiten sollen durch Aberkennung des Wahlrechtes jede Einflußmöglichkeit auf die Regierung verlieren. Dieses Programm entspricht der Ideologie, die von Witos in seiner Broschüre „Menschen und Ereignisse“ (Ludzie i zdarzenia) entwickelt wurde. Danach kann man Aussehen und Zusammensetzung dieser neuen Partei sich vorstellen, die die „ungeheuere Macht“ erringen soll: Chadecja, Polnische Arbeiter-Partei, Piast, und sicher auch ein Teil der Nationaldemokraten, welche im Gegensatz zum Totalitätsprinzip stehen, und nationalistische „Demokratie“ propagieren. In einem Wort: diese neue Partei wird nichts anderes als eine Neuauflage der Chjeno-Piast sein. Trotz der Aufrufe des Marschalls Smigly und der leitenden Persönlichkeiten des Blocks der Nationalen Vereinigung, in denen zur Beruhigung und zum Zusammenschluß gemahnt wird, macht die Zersplitterung innerhalb des Regierungslagers Fortschritte, während andererseits die Opposition sich in mehreren starken Gruppen formiert.

Die Ereignisse in Polen verlaufen wellenförmig und schon die nächsten Tage können die Antwort auf die Frage bringen „Quo Vadis Polonia“.

PROBLEMATIK / KRITIK / ANREGUNG

FREIE TRIBÜNE DER „SELBSTWEHR“

Hans Rosenkranz (Jerusalem):

Der Etat des Judenstaates

In der vorigen Nummer der „Selbstwehr“ ist versucht worden, darzulegen, daß die Tatsache einer Minorität von 250.000 Arabern im projektierten Judenstaat nicht unabänderlich sei, da eine Umsiedlung im Gegensatz zu den meistens geäußerten Meinungen nationalpolitisch durchführbar sei, weil in den verschiedenen arabischen und mohammedanischen Ländern eine ausreichend große Anzahl von Juden lebe, die selber und deren Regierungen für eine solche Umsiedlung zu gewinnen wäre. Die Finanzierung einer solchen Umsiedlung — so führten wir aus — stände im engen Zusammenhang mit der Finanzierung des jüdischen Staates überhaupt.

Der Finanzdezernent der Zionistischen Exekutive, Elieser K a p l a n, hat auf dem Züricher Kongreß dargelegt, daß der Staat, den man uns geben will, f i n a n z t e c h n i s c h und w i r t s c h a f t s p o l i t i s c h d u r c h a u s l e b e n s f ä h i g sein würde. Aber im selben Atemzug wandte sich Kaplan gegen alle prahlerischen Zukunftshoffnungen, die davon träumen, daß der Staat, der gegründet werden soll, etwa ein reiches Land sein würde. Diese Darlegungen Kaplans konnten nur dahin verstanden werden, daß der heutige Jischuw innerhalb der projektierten Landesgrenzen wirtschaftlich lebensfähig sei und daß diese Landesgrenzen Raum für Einwanderung und Ansiedlung in den bekannten Ausmaßen gewähren würden. Keineswegs aber läßt das heutige Aufkommen unserer nationalen Fonds und die heutige Steuerkraft des Jischuw die Möglichkeit zu, daß der Raum, der innerhalb der Landesgrenzen gegeben sein wird, mit den Mitteln der Steuerkraft des heutigen Jischuw und mit Summen ausgefüllt werden kann, die den heutigen Einnahmen der Staatsverwaltung Palästinas und der nationalen Fonds entsprechen. Wir stehen, etwas übertrieben formuliert, vor der unerhört schwierigen Aufgabe, daß 400.000 Menschen einen Staat für 3 Millionen Menschen schaffen sollen; denn 3 Millionen ist ja die Zahl, die die Sachverständigen glauben, in absehbarer Zeit innerhalb der projektierten Grenzen seßhaft machen zu können, und es ist zugleich die Mindestzahl von Menschen, die wir im Laufe einer Generation werden nach Palästina bringen müssen, wenn der Aufbau des Landes und des Staates einen wesentlichen materiellen Beitrag zur Lösung der Judenfrage bieten soll. Nun kann natürlich eine Gemeinschaft von 3 Millionen Menschen, ein kleines Volk, sich ihren Staat schaffen und ihn erhalten. Aber es können diese Aufgabe nicht 400.000 Menschen für 3 Millionen lösen. Nun ist es gewiß richtig, daß Palästina nicht allein vom Jischuw aufgebaut wird, aber wenn man die Dinge nüchtern und rechnerisch betrachtet, so ist die Sachlage die folgende: Wenn heute der Staat gegründet würde, so würde er über die Steuerkraft von 420.000 Menschen zuzüglich 1 Million Pfund verfügen, welche Keren Hajessod und Keren Kajemeth im runden Durchschnitt der letzten Jahre gemeinsam jährlich aufgebracht haben. Dieses Aufkommen der nationalen Fonds kommt aber keinesfalls der Steuerkraft von 3 Millionen minus 420.000 gleich; d. h. der Etat des Judenstaates muß die Mittel haben, um innerhalb einer Generation 2½ Millionen Menschen dem heutigen Jischuw zuzufügen, und verfügt im Augenblick seiner Gründung nur über die Steuerkraft von 420.000 Menschen zuzüglich 1 Million Pfund aus dem Aufkommen der Fonds, eines Betrages, der der Steuerkraft von maximal 500.000 Menschen in einem geordneten Staatswesen entspricht. Wir haben also im Augenblick der Staatsgründung 420.000 Menschen, die e f f e k t i v im Staat leben und deren wirtschaftliche Tätigkeit direkte und indirekte gesetzlich zu regelnde Steuererträgnisse abwirft, und gewissermaßen 500.000 Menschen, die f i k t i v im Judenstaat leben, d. h. deren wirtschaftliche Betätigung sich in anderen Staaten vollzieht, die sich aber in der Form von Spenden, entzogen jeder gesetzlichen Regelung und fast jeder Vorausberechnungsmöglichkeit, freiwillig selber besteuern.

Die Aufgabe des Zionismus ist nirgends, das Bestehende zu erhalten, sondern überall, das Neue zu bauen. Nicht den Jischuw von 420.000 Menschen gilt es zu erhalten, sondern Raum für mindestens 3 Millionen zu gewährleisten und die Mittel zu schaffen, diesen Raum mit 3 Millionen Menschen auszufüllen. Wir werden uns also im Augenblick der Staatsgründung in der wohl einmaligen Situation befinden, daß nur ein Drittel des „Staatsvolkes“ Steuern zahlt und daß von diesem Drittel nur die Hälfte der steuerlichen Jurisdiktion des Staates unterliegt. Diese Situation scheint auf den ersten Blick ein fast auswegloses Dilemma zu bieten. Insbesondere kann bei dieser Sachlage keine Rede von den finanziellen Mitteln für die Durchführung jener Umsiedlung sein, die in der vorigen Nummer den Ausgangspunkt unserer Ueberlegungen bildete. Kann man diese Situation ändern?

Zunächst einmal wird man an all die Aenderungen der palästinensischen Steuer- und Zollgesetzgebung zu denken haben, die wir seit Jahren von der Mandatarmacht vergeblich verlangt haben. Die Verteilung des Steueraufkommens innerhalb Palästinas wird eine gerechtere und zugleich eine ergiebigere werden müssen. Die einseitige Belastung des Bodenbesitzes und der Landwirtschaft wird erleichtert und ergänzt werden müssen durch eine sinngemäße Besteuerung des Einkommens aus städtischen Berufen aller Art, und die Umstellung des Zolltarifes zu einem wirklichen Schutz für die junge jüdische Industrie wird ebenfalls gerechteren Unterscheidungen zwischen den Zöllen auf lebenswichtige und auf Luxusartikel Raum geben. Auf lange Jahre hinaus wird Palästina noch in großem Maße ein Importland bleiben, weil schon allein der Import an Produktionsmitteln gerade während großer Einwanderungswellen in steigendem Maße nötig ist. Deshalb wird die indirekte Steuer, der Zoll, voraussichtlich, so wie bisher, einen erheblichen Teil der palästinensischen Staatseinnahmen bilden. Die eigentliche Lücke in der Steuergesetzgebung besteht ja im wesentlichen im Fehlen einer Einkommensteuer. Daß es heute möglich ist daß ein Kaufmann oder Akademiker in der Stadt ein hohes Einkommen hat, ohne es versteuern zu müssen, falls dieses Einkommen nicht aus Grundbesitz resultiert, ist natürlich ein unhaltbarer Zustand. Aber man darf sich von der Einführung einer Einkommensteuer nicht allzu große Erträgnisse versprechen, weil es grundfalsch wäre, durch hohe Kapital- oder Einkommensteuern den Kapitalimport abzuschrecken und eine im Aufbau befindliche Wirtschaft übermäßig zu belasten. Wenn man das Durchschnittseinkommen in Palästina je Kopf und Monat mit 7 Pfund ansetzt (und das dürfte eher zu hoch gerechnet sein), dann würde sich bei dem heutigen Jischuw ein jährliches Nationaleinkommen von rund 35 Millionen Pfund ergeben. Eine Einkommen-Steuer, die das für eine junge Wirtschaft erträgliche Maß nicht überschreiten soll, kann aber mit höchstens einem 3prozentigen Nettoertrag rechnen, d. h. der Ertrag einer Einkommensteuer würde je Jahr höchstens 1 Million Pfund ausmachen. Dabei muß man aber berücksichtigen, daß die Einführung von Kapital- und Einkommensteuern die Erträgnisse der jetzt vorhandenen Steuern, zum Beispiel der Bodenertragsteuer, schmälern würde, da diese Steuern sich teilweise überschneiden. Auf der anderen Seite ist natürlich zu berücksichtigen, daß bei der zu erwartenden großen Einwanderung die Steuerkraft des Jischuw wächst, weil sie von einer sukzessive größer werdenden Zahl wirtschaftender Individuen getragen wird. Erfahrungsgemäß aber wachsen bei großer Einwanderung, wenn der Staat sich ihrer annimmt, zunächst die Staatsausgaben, während die Staatseinkünfte erst allmählich der größer gewordenen Menschenzahl sich angleichen. Es vergeht eben eine gewisse Zeit, ehe der eingewanderte Mensch so weit wirtschaftlich Fuß gefaßt hat, daß er zum Steuerträger werden kann. In bezug auf diesen ganzen außerordentlich wichtigen Fragenkomplex der palästinensischen Steuern und Zölle wird im übrigen auf die ausgezeichneten Arbeiten von Alexander Granovsky verwiesen, in denen ein umfassendes Zahlenmaterial zusammengetragen ist und in denen die Erfordernisse und Möglichkeiten auf diesem Gebiet gründlich dargestellt sind.

Fassen wir die bisherigen Ergebnisse noch einmal zusammen: Es ergibt sich, daß wir bei Gründung des Staates 420.000 „effektive“ Steuerzahler haben werden, deren Steuerkapazität vielleicht um 1 Million Pfund im Jahr gesteigert werden kann, und daß wir 500.000 „fiktive“ Menschen mit geringerem, gesetzlich nicht geregeltem und nicht vorausberechenbarem Steueraufkommen haben werden. Wir haben dabei die Einkommen der nationalen Fonds in Höhe von 1 Million Pfund jährlich gleich einer Zahl von 500.000 Menschen gesetzt. Man könnte also die Sache auch so betrachten, daß man sagt: 500.000 Steuerzahler repräsentieren sich in dem Aufkommen der nationalen Fonds. 420.000 Steuerzahler repräsentieren sich in den bisherigen Staatseinkünften Palästinas, soweit sie aus dem jüdischen Bevölkerungssektor stammen. 500.000 werden repräsentiert durch weitere 1 Million Pfund, die man bestenfalls durch die skizzierten Aenderungen der palästinensischen Steuergesetzgebung erzielen kann. Wir haben also optimal 1,4 Millionen Steuerzahler für 3 Millionen Menschen, denen unser Staat binnen einer Generation Raum- und Lebensmöglichkeit geben muß. Das könnte auf den ersten Blick als ein sehr günstiges Ergebnis erscheinen, denn in keinem Staat der Welt ist mehr als die Hälfte der Einwohner Steuerzahler. Aber kein Staat der Welt auch hat mehr als die Hälfte seiner Einwohner erst in den Staat hineinzunehmen und seßhaft zu machen, und kein Staat der Welt hat steuerliche Gerechtsame nur über ein Sechstel seiner präsumptiven Bevölkerung. Hier klafft eine Lücke, und daß sie wirklich existiert, zeigt ein flüchtiger Blick auf die Zahlen. Nach jahrelangen Erfahrungen brauchen wir heute für die landwirtschaftliche Ansiedlung einer vierköpfigen Familie im Durchschnitt einen Mindestbetrag von 400 Pfund; das ist der niedrigste Investitionsbetrag, der in der ganzen Kolonisationsgeschichte der Welt erzielt worden ist. Wenn von den 2½ Millionen Einwanderern, die wir im Laufe einer Generation zu erwarten haben, wir auch nur 400.000, d. h. 100.000 Familien, mit nationalen Mitteln landwirtschaftlich ansiedeln wollen, so kostet das 40 Millionen Pfund; ein solcher Betrag ist nirgends in all diesen Berechnungen ersichtlich, und man wird in solcher Höhe die Staatseinnahmen nicht mit Anleihen belasten können, weil man sie erstens für den laufenden Staatshaushalt und nicht nur für die einmaligen Investitionen der Kolonisation braucht, und weil zweitens dieses Steueraufkommen, das nur teilweise durch gesetzlichen Zwang garantiert ist, keine genügenden Sicherheiten für den Anleihegeber bietet. Wenn die Lloydbank dem Keren Hajessod auf sein aus freiwilligen Spenden beruhendes Einkommen eine Anleihe von ½ Million Pfund gab, so war das ein außerordentlicher Beweis des Vertrauens in die Solidität unserer Geschäftsführung und in das Pflichtbewußtsein des jüdischen Volkes. Wenn das Bankhaus Warburg jetzt 1 Million Pfund zur Konsolidierung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Siedlungen als Anleihe beschaffen wird, so ist das eine hypothekarische Belastung des bereits Geschaffenen, selbst wenn die Anleihe keine hypothekarische Form haben sollte. Die Beträge solcher Anleihemöglichkeiten werden größer werden, wenn ein Staat sie empfängt und wenn das jüdische Steueraufkommen Palästinas uns zur Verfügung steht und nicht nur als für uns totes Kapital in britischen Staatspapieren liegen wird. Aber diese Anleihemöglichkeiten sind begrenzt durch die Kleinheit des bisher Geschaffenen im Vergleich zur Größe der Investitionsbedarfes, d. h. durch die Grenzen, in denen die bisherigen Wirtschaftspositionen hypothekarisch belastungsfähig sind. Und

KLEINER AUSBLICK

Ein Judenstaat vor hundert Jahren

Am 15. September 1825 wurden die Einwohner eines kleinen Grenzdorfes in Buffalo USA. durch Kanonendonner bei Tagesanbruch aus dem Schlaf geweckt. Unter seltsamem Gepränge vollzog sich fünfzig Jahre nach der Gründung der amerikanischen Republik die Gründung einer „Republik in der Republik“, eines „Freistaats der religiösen Freiheit im Staate der politischen Freiheit“, wie der Gründer des Staates sagte, ein stattlicher Mann in den Vierzigern, der in kostbarem und absonderlichem Gewande dem Zuge voranschritt. Das war M a j o r N o a h, einer der merkwürdigsten amerik.-jüdischen Pioniere, „Mordecai Manuel Noah, Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika, vormals Konsul dieser Staaten in Tunis, High Sheriff von New York, Gerichtsrat und durch Gottes Gnade Lenker und Richter in Israel“.

Das abenteuerliche und vielumstrittene Leben dieses Majors Noah hat schon Zangwill und andern zum Stoffe ihrer Dichtungen gedient; jetzt aber hat Isaac Goldberg, der frühere Dozent für spanisch-amerikanische Literatur an der Harvard-Universität, es zum ersten Male unternommen, diese vielfältig schillernde und uns sehr lebendig berührende Gestalt in einer Biographie wieder auferstehen zu lassen, verdienstlicherweise von den Quellen her und mit Benutzung wertvollen, bisher unbekannten, handschriftlichen Materials.

„Major Noah“, wie er gewöhnlich genannt wird, entstammte einer alten sephardisch-amerikanischen Familie und ist sich dieser Abstammung immer stolz bewußt geblieben. Sein vielbewegtes Leben führte ihn zuerst zur Presse, sogar zum Dramenschreiben, dann zum Militär und zur Diplomatie; er ward Konsul in Algier und Tunis und scheint dort sein Amt zur vollen Zufriedenheit seiner Auftraggeber ausgefüllt zu haben. Aber dann kommt der Moment, wo auch ihm im Lande der Freiheit seine jüdische Abstammung zum Vorwurf gemacht wird; und von nun an ist es das Hauptziel seines Lebens, neben seiner amerikanischen Bürgerpflicht der Pflicht gegen seine überall entrechteten Glaubens- und Stammesgenossen Genüge zu tun. Noah ist der echte Typ des frühen amerikanischen Juden, der mit dem Stolz auf seine jüdische Abstammung die Begeisterung für die Heimat Amerika verbindet. Den von ihm in Buffalo gegründeten Judenstaat nannte er „Ararat“, im Angedenken an jenen Berg, der als erster Gipfel sich aus dem Meer der Sintflut erhob. Aber die Gründung, die ein Freund Noahs, ein christlicher Geistlicher, feierlich durch Predigt und Bibelwort eingeweiht hatte, wurde von jüdischer wie von christlicher Seite hier spottend, dort ernst abgelehnt; Rabbiner, die er als Bürgen angerufen hatte, Forscher wie Zunz und Gans weigerten sich der Gefolgschaft. Solcher Spott mag zum Teil der abenteuerlichen Gestalt des Gründers gegolten haben; zum größeren Teile freilich war es Widerstand gegen die „Rückkehr ins Ghetto“. Nur Gabriel Rießer und sein Vater sahen schon damals weiter: „So gering, klein oder sogar lächerlich die Sache jetzt scheinen mag, so mögen Not und Zeit . . . unsre Nachkommen die Sache ganz anders beurteilen lassen“, schreibt Jacob Rießer damals an seinen Sohn . . . Dabei vertritt Noah manchen heute wie damals aktuellen Gedanken wie den der Rückführung der Juden zu landwirtschaftlichen Berufen oder des Wertes eines jüdischen Zentrums für die Juden an allen Enden der Erde, auch wenn sie nicht alle selbst dorthin auswandern könnten. Der tapfere Mann war durch den Fehlschlag seines Ararat-Plans nicht entmutigt; er hat bis zu seinem Lebensende an ähnlichen Plänen weitergearbeitet und ist schließlich auch dazu gelangt, die Bedeutung Palästinas für die Zukunft der Juden einzusehen. Schon im Jahre 1844 trat er mit konkreten Vorschlägen zur Lösung der Judenfrage durch Schaffung eines jüdischen Zentrums in Palästina vor die amerikanische Oeffentlichkeit; auch hierin ein Vorläufer, dessen Gedanken viel später erst wieder aufgenommen wurden.

B. B.-St.

Unerwartete Begegnung in Tel Awiw

Tel Awiw.

Das ereignete sich in einem Tel-Awiwer Musikalienladen. Während ich in einer eben eingetroffenen Sendung von Grammophonplatten stöberte, wandte sich der Ladeninhaber einem neu eingetretenen Besucher zu und ich hatte Gelegenheit, ihrem Gespräch zu lauschen. Der Mann, ein Siedler aus dem Emek, wollte ein Klavier für seine Siedlung kaufen. Die Kaufbedingungen wurden diskutiert und als sich der Ladeneigentümer nach dem Namen des Kunden erkundigte, wurde er plötzlich ganz still und studierte eingehend das Gesicht des Siedlers.

„Sie wohnten in Tel Awiw, als sie noch ein Jüngling waren, stimmt's?“

„Ja, aber das war im Jahre . . .“

„. . . 1917“, ergänzte der Musikalienhändler, „Sie wohnten in der Jehuda Halevystraße, gegenüber der Post. Und das Haus daneben war vom General Hill besetzt. Ein prächtiger Mann.“

„Einer der feinsten“, ergänzte der Kunde.“ Sie entsinnen sich seiner sicher besser als ich, ich war damals ein ganz kleiner Junge. Aber ich erinnere mich einer Geschichte, die seinen wahren Kern zeigte. Einer unserer Nachbarn, der sich der Legion angeschlossen hatte, wurde als vermißt gemeldet. Seine Familie fürchtete das schlimmste und nach ein paar Wochen gab sie ihn als tot auf. Aber General Hill hatte einen anderen Verdacht und eines schönen Tages brachte er eine Botschaft mit der Handschrift des Vermißten. Der Brief sagte, daß er von den Türken gefangen, aber unverletzt sei. Wie es der General angestellt hat, diese Nachricht zu erhalten, wußten wir nicht. Jedenfalls war es nur eine Spur von einer Hoffnung, denn der Mann konnte ja inzwischen getötet worden sein. Aber General Hill verlangte, daß die Familie ihm vertraue und sie vertraute ihm auch. Bald darauf übersiedelte meine Familie aus Tel Awiw und wir konnten nicht mehr feststellen, was aus dem Burschen geworden ist.“

„Es stimmt, daß er gefangen wurde und daß er den Brief geschrieben hat“, informierte der Ladeninhaber seinen Besucher, „aber bald darauf erfuhr er, daß er erschossen werden sollte. Es gelang ihm jedoch, rechtzeitig zu flüchten und er hatte eine sehr schwere Zeit, bis er sein Heim wieder erreichte.“

„Sie kennen den Mann also auch?“

„Ziemlich genau“, erwidert der Musikalienhändler, „ich bin nämlich selbst dieser Mann.“ —e.

Dilemma der Polizei

Haifa.

Das Problem „Suchet den Dieb!“ mußte unlängst von der Haifaer Polizei in den Ruf „Suchet den Bestohlenen“ umgekehrt werden. Ein verdächtiger Mann wurde verhaftet und bei näherer Durchsuchung fand man bei ihm Juwelen, Haushaltsilber und andere Wertobjekte — ein ganz nettes wandelndes Magazin. Aber keine Spur vom Opfer, vom Beraubten, vom Anzeiger. Das wesentliche Corpus delicti war verschwunden. Aber in der Annahme, daß sich der Bestohlene früher oder später doch melden würde, blieb der Gauner in Haft. Nach einigen Tagen wurde auch tatsächlich eine Diebstahlsanzeige erstattet und der Bestohlene war nicht wenig überrascht, daß sein Eigentum bereits auf ihn wartete. Der Mann glaubt heute noch an Magie.

Es geschieht nicht oft, daß der Polizei bei uns der Raub in die Hände fällt — meist ist es umgekehrt. —h.

die Steigerungsfähigkeit der Anleihemöglichkeiten ist begrenzt dadurch, daß das Steueraufkommen nur insoweit Garantien für große Anleihen bieten kann, als es gesetzlich eintreibbar ist. Diese Grenze gilt es zu durchstoßen. Für einen Staat von drei Millionen Menschen, in dem die Mehrheit dieser drei Millionen erst angesiedelt werden muß, braucht man drei Millionen gesetzlicher Steuerträger. Für den Judenstaat braucht man die gesetzlich geregelte Steuerkraft des jüdischen Volkes. Ob man an die Stelle der Freiwilligkeit den gesetzlichen Zwang setzen kann und muß, ob es möglich ist, eine zwischenstaatliche Regelung zu treffen, bei der unter Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten der Juden in ihren Wohnländern und unter Schonung der geschwächten jüdischen Wirtschaftspositionen in der Welt ein Bruchteil der Steuerkraft des jüdischen Volkes für den jüdischen Staat nutzbar gemacht werden kann, ob mit anderen Worten, der auf den letzten Blick phantastisch anmutende Plan einer **Welt-Judensteuer** in irgendeiner Form trotz der zu erwartenden ungeheueren Widerstände seitens der Juden und trotz der staatsrechtlichen und politischen Schwierigkeiten für eine befristete, vorübergehende Aufbauperiode durchführbar ist, das soll in einem nächsten Aufsatz untersucht werden.

Pädagogium zur Heranbildung von jüdischen Rerligionslehrern und Rabbinerproseminar in Prag

Verzeichnis der Vorlesungen für das Wintersemester 1937/38

Sprachwissenschaft

M. Woskin-Nahartabi: Hebräische Grammatik auf entwicklungsgeschichtlicher Grundlage. Grammatik des biblischen Aramäisch auf Grund des Buches Daniel und der aramäischen Stücke des Buches Ezra.

Bibelwissenschaft

M. Woskin-Nahartabi: Allgemeines: Die Masoreten-Schulen und die Ueberlieferung des hebräischen Bibeltextes. Einleitung in die historischen Bücher der Heiligen Schrift. — Pentateuch mit den Kommentaren des Raschi und Ibn Ezra zum jeweiligen Wochenabschnitt. — Erklärung der historischen Prophetenbücher Jona, Rut und Ester. — Erklärung der Propheten Jesaja, Jeremia, Micha, Joel. Mit besonderer Berücksichtigung der Haftarot.

Talmudwissenschaft

S. Arje: Talmud babli, Traktat Berachot und Traktat Pesahim. — Dezisoren, Schulchan Aruch, Orach Chajjim, die Vorschriften über den Gottesdienst und über den Sabbat.

M. Woskin-Nahartabi: Einführung in Mischne und Talmud an Hand der Lektüre der Mischnatraktate Joma, Hagiga, Mo'ed qatan und ausgewählter aggadischer Abschnitte aus dem Talmudtraktat Taanit.

Philosophie und Pädagogik

I. Hirsch: Das religionsphilosophische System des Jehuda ha-Levi und Lektüre aus seinem philosophischen Werke Kuzari.

Fr. Thieberger: Logik und Geschichte der Pädagogik.

M. Woskin-Nahartabi: Erklärung des Maimonides, Mischne Tora, Hilkot Jesode ha-Tora und Hilkot Talmud Tora.

Geschichte

G. Sicher: Geschichte der Juden vom Zeitalter der Kreuzzüge bis zur Vertreibung der Juden aus Spanien (1096—1492).

M. Woskin-Nahartabi: Das Babylonische Exil und die Zeit des Exra und Nehemia (586—444).

Literatur

I. Hirsch: Lektüre neuhebräischer Prosa: Saul Tschernichovski, Sippurim.

M. Woskin-Nahartabi: Geschichte der hebräischen Literatur im Anschluß an die Lektüre ausgewählter Schöpfungen aus der hebräischen Poesie des Mittelalters und der Neuzeit.

O. Parkus: Lektüre aus der tschechischen Literatur mit stilistischen Uebungen.

Liturgie

M. Woskin-Nahartabi: Das Gebet an Sabbaten und Feiertagen, sprachlich, inhaltlich und historisch erklärt.

Oberkant. Sud: Einführung in den traditionellen melodischen Vortrag der Gebete.

Semesterbeginn: Sonntag, 3. Oktober 1937.

✣

Für die Zulassung als außerordentliche Studierende oder als Gasthörer gelten die in den Aufnahmebestimmungen angeführten Bedingungen (erhältlich beim Obersten Rat, Praha V, Maislova 18/III). — Auch junge Mädchen mit entsprechender Vorbildung können zur Ausbildung als Religionslehrerinnen zugelassen werden. Die Zulassung erfolgt nach vorherigem schriftlichen Ansuchen durch den Leiter der Abteilung für Angelegenheiten des Religionsunterrichtes, Herrn Doz. M. Woskin-Nahartabi, Prag V, Maislova 18/III.

Dr. Samuel Reiter, Tel Awiw:

Hinaus aufs Meer!

Die Bedeutung einer jüdischen Hochseefischerei — Eine meeresbiologische Station an der Küste Erez Israels

„Eroberung des Meeres", „Kibbusch Hajam" sind Postulate, die der jüdischen Bevölkerung Erez Israels und den mit dem jüdischen Aufbau verbundenen Kreisen der Galuth schon seit langem nicht mehr unbekannt sind. Die Schaffung des jüdischen Hafens in Tel Awiw kann als erste Etappe auf dem Wege zum Ziel gewertet werden. Dieser Hafen, dessen Bau seitens administrativer Kreise zunächst als Notbehelf angesehen wurde, ist für die jüdische Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit zum Symbol ihrer Aufbauwilligkeit und Widerstandskraft, zum Ausfalltor für die Eroberung des Meeres geworden.

Die Verbundenheit der jüdischen Küstenbevölkerung mit dem Meere wird sich in Zukunft auch besonders auf dem Gebiete der Hochseefischerei manifestieren müssen. Die Tatsache, daß die Frage der Hochseefischerei sowohl seitens der Behörden als auch seitens der jüdischen Instanzen überhaupt nicht oder recht stiefmütterlich behandelt worden ist, beweist nicht, daß deren großzügige Inangriffnahme, richtig vorbereitet und mit dem nötigen Elan durchgeführt, nicht mit Erfolg gekrönt sein kann. Die Palästinaverwaltung hatte vorübergehend 1927—1930 einen sogenannten „Fisheries Service" eingerichtet, der weder nennenswerte Initiative ergriff, noch genügende Hilfe leistete und dessen Tätigkeit keineswegs der Bedeutung entsprach, die ihr in einem Küstenlande zukommen müßte. 1936 wurde diese besondere Abteilung wieder ins Leben gerufen, hat aber noch kein Programm entwickelt. Der seit Jahrhunderten bestehende Zustand einer sehr primitiven Fischfangtechnik bei den Arabern (primitive Geräte, kleine Boote und Verschwendung an Menschenkraft) wurde nicht geändert, die Vernichtung der Fische durch Gift- und Sprengstoffverwendung kaum verhindert und der Zugang der jüdischen Bevölkerung zur Fischerei in keiner Weise gefördert. Obwohl immer wieder auf die günstigen klimatischen und küstenmäßigen Voraussetzungen, auf den großen Fischreichtum und die besonders guten Fischarten im Meeresstreifen vor der Küste des Landes hingewiesen worden ist, fehlte es an jeglicher Aktivität auf diesem Gebiete.

Zahlreiche jüdische Fischer (besonders in Saloniki) sind bereit, in Palästina ihre Fähigkeiten zu beweisen. Massen junger Juden warten darauf, einen neuen Beruf zu erlernen, um einem wichtigen Urproduktionszweig die Tore öffnen zu können. Der Normalisierungstendenz unserer kolonisatorischen Aspirationen kämen weitere fruchtbare und ausbaufähige Gebiete für ihre Propaganda und praktische Arbeit zugute, die durch die Schaffung eines selbständigen jüdischen Fischerstandes (Organisierung von Fischereikooperativen) nicht nur von prinzipiell-nationalpolitischer, sondern auch von weitgehend ökonomischer Bedeutung wären.

In jedem Küstenlande spielt die Seefischerei ihre wirtschaftliche Rolle. Wissen wir doch, daß in einigen Staaten ein großer Teil der Bevölkerung nur von Fischerei lebt und deren Tätigkeit als bedeutender Faktor für den Staatshaushalt und Arbeitsmarkt gewertet wird. Auch in Erez Jisrael würden entsprechende Ergebnisse zu erzielen sein, wenn die Hochseefischerei systematisch, rationell und nach den neuesten Methoden der Technik aufgebaut würde. Es besteht kein Zweifel, daß, rein ökonomisch gesehen, der Aufbau einer jüdischen Hochseefischerei für die zukünftige Entwicklung von einschneidender Bedeutung ist. Schon, wenn man diese Frage nur unter dem Gesichtspunkte der Bedarfsdeckung betrachtet — ohne die Aussichten eines eventuellen Exportes von Fischen und Fischprodukten zu berücksichtigen — so geben folgende Zahlen eine gute Uebersicht dessen, was die Zukunft an Aufgaben und Möglichkeiten in sich birgt:

An Seefischen wurden in Erez Jisrael gelandet:
(Laut Bericht des Fisheries Service):

1927/28	488.229 kg	im Werte von LP 30.778
1928/29	731.446 kg	im Werte von LP 38.774
1929/30	951.290 kg	im Werte von LP 46.102

(Laut Bericht des im Jahre 1934 bestellten Fischereiexperten der Mandatsregierung, James Hornell:)

1930/31	1.045.050 kg	im Werte von LP. 45.655
1933	1.131.582 kg	im Werte von LP 44.733

Laut amtlicher Statistik wurden an Fischen und Fischkonserven importiert:

1927	1.729.295 kg	im Werte von LP 71.741
1928	1.673.730 kg	im Werte von LP 63.185
1929	1.790.576 kg	im Werte von LP 68.474
1930	1.670.905 kg	im Werte von LP 67.479
1931	1.753.952 kg	im Werte von LP 62.490
1932	2.275.461 kg	im Werte von LP 71.382
1933	2.953.629 kg	im Werte von LP 98.968
1934	4.230.600 kg	im Werte von LP 141.719
1935	4.856.990 kg	im Werte von LP 173.564

Wäre es zunächst wünschenswert, die große Differenz zwischen gelandeten Fischen und Import durch den Aufbau einer rationellen Fischerei weitgehendst zu verringern, so würde sich daran im Laufe der Zeit notwendigerweise die vollständige Eigenbedarfsdeckung an Fischen anschließen, die sich vielleicht sogar bis zur teilweisen Reduzierung des enormen Fleischimportes

1934	1,895.714 kg	im Werte von LP 433.855
1935	3,393.560 kg	im Werte von LP 746.807

entwickeln ließe.

Die Auswirkungen einer Produktionssteigerung an Fischen würden auch in der Entwicklung der Gesamtwirtschaft sichtbar werden. Eine ganz neue Industrie müßte sich zwangsläufig entwickeln, angefangen von Konservenfabrikation und Fischräucherei bis zur Abfallverwertung und Herstellung des für Dünger und Futtermittel so wichtigen Fischmehls. Handel und Verkehr würden eine große Belebung erfahren.

Wie schon erwähnt, sind wesentliche Voraussetzungen dafür, daß Hochseefischerei und Fischindustrie erfolgreich aufgebaut werden können: genaue Kenntnis der besonderen Bedingungen an der Küste Palästinas und wissenschaftliche Hilfe. Es ist töricht, zu glauben, daß aufs Geratewohl „losgefischt" werden könne; der Mißerfolg der bisherigen, ungenügend vorbereiteten Versuche beweist dies zur Genüge. Im Gegenteil. Es wird eine gründliche biologische Vorarbeit nötig sein, die den praktischen Fischereibetrieb überhaupt erst ermöglicht. Es ist bekannt, daß in allen Ländern — zuerst in Neapel 1872 — die wissenschaftliche Erforschung des Meeres zum größten Teil dazu beigetragen hat, die Fischerei in einem den Ansprüchen der modernen Wirtschaft entsprechenden Maße zu fördern und zu ungeahnter Blüte zu entwickeln. Für Erez Jisrael, das hier nicht abseits stehen kann, ist es wegen der Andersartigkeit seiner Küstengewässer nicht möglich, sich allein auf die Forschungsergebnisse anderer Länder zu stützen. Es braucht eine eigene meeresbiologische Station, die den besonderen Anforderungen des östlichen Mittelmeeres gerecht wird und die speziellen Untersuchungen dieses Meeresteiles durchführen kann.

Im letzten Jahre ist von einigen im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten des Jischuw sowie Fachleuten und Wissenschaftlern eine Gesellschaft („The Aquarium and Marine Station Tel Awiw Society Ldt.") gegründet worden, die jetzt an die Aufgabe herangeht, die notwendigen Aktionen für den Bau und die Inbetriebsetzung einer Meeresstation durchzuführen. Die Stadt Tel Awiw hat dieser Gesellschaft einen Bauplatz am Meeresstrande zur Verfügung gestellt und auch sonst jegliche Unterstützung zugesagt. Diese Meeresstation wird unter der Leitung des ehemaligen Privatdozenten für Zoologie an der Universität Breslau, Dr. med. et phil. Walter Steinitz stehen, der schon im Jahre 1924 mit der Erforschung der palästinensischen Küstengewässer begonnen und auf Grund seiner Erfahrungen genaue Pläne für die Fundierung einer jüdischen Hochseefischerei ausgearbeitet hat.

Briefe an die Redaktion

Denunziation im Namen Gottes

Der zukünftige Judenstaat wird die „Avantgarde der Dritten Internationale" sein. Wer hat das gesagt? Goebbels? Streicher? Nein, das sagte, vielmehr rief es von der Tribüne der Agudakonferenz in Marienbad in die Welt hinaus der politische Sekretär der Aguda, Goodman. (Siehe „Selbstwehr" Nr. 36, Eigenbericht aus Marienbad.) Gewiß hat er es nicht mit der Absicht getan, daß seine Worte in Sowjetrußland, von der Komintern gehört werden und in der Hoffnung, daß die Sowjetregierung ihre drakonischen Maßnahmen gegen die Zionisten aufhebt, dem Zionismus freie Bahn in ihrem Reiche gewährt und den in den Steppen Sibiriens wegen ihrer zionistischen Gesinnung schmachtenden Gefangenen die Freiheit zurückgibt, da er verkündete, daß der Zionismus nichts anderes als der Schrittmacher des Kommunismus im Nahen Orient sei. Man kann bei einem politischen Sekretär der Aguda schlecht annehmen, daß er dem Zionismus, dessen erbitterter Feind er ist, helfen wollte. Vielmehr dürfte diese tekio gedaulo von der Tribüne der Kenessuo gedaulo in die Welt geblasen worden sein, damit sie von der Regierung einer anderen Großmacht, im entgegengesetzten Winkel Europas, die das Schicksal des Zionismus in Händen hat, gehört wird und um auf diese Weise den Zionismus in ihren Augen zu diskreditieren, ihren Argwohn gegen den künftigen Judenstaat zu erwecken und diesen im Keime zu ersticken. Wir freilich wissen, daß es keine größeren Gegensätze als Zionismus und Kommunismus gibt, daß der Kommunismus ein ebenso grimmiger Feind des Zionismus ist wie die agudistische Orthodoxie, wir wissen auch, daß während der letzten und der früheren Unruhen in Palästina jüdische Kommunisten die Araber gegen die Juden hetzten, wir wissen ferner, daß Kommunismus Diktatur bedeutet, die der jüdischen Weltanschauung widerspricht, und daß die Regierungsform des künftigen Judenstaates nur die Demokratie sein kann und sein wird — wir wissen das, weiß es aber auch der Herr politische Sekretär der Aguda?

Die Denunziationen von Juden gegen Juden bei der christlichen Obrigkeit bilden leider Gottes das schwärzeste Kapitel der jüdischen Geschichte vom Altertum her über das Mittelalter bis auf den heutigen Tag. Das Denunziantentum in den jüdischen Gemeinden war eine Landplage, und um sie zu bekämpfen, sprachen die jüdischen Gesetzesgeber, die großen Rabbiner in jedem Zeitalter, ihre Bannflüche gegen die Denunzianten aus, setzten Strafen für sie fest, die bis zur Ausstoßung aus der Gemeinde und Konfiszierung des Vermögens gingen. Maimonides macht sogar den Denunzianten vogelfrei, so daß jeder ihn straflos töten kann. Trotzdem haben sich nicht selten auch fromme Juden, sogar Rabbiner, gefunden, die ihre Gegner durch Denunzierung bei den Machthabern zu vernichten suchten. Nur taten sie es — im Namen Gottes, um die Ketzerei auszurotten. Im Jahre 1234 waren es der äußerst fromme Rabbiner R. Salomo b. Abraham aus Montpellier und sein ebenso frommer Schüler R. Jona Gerondi, die die philosophischen Schriften des Maimonides bei unseren Erzfeinden, den Dominikanern in Paris, als ketzerisch und gotteslästernd und den christlichen Glauben untergrabend denunzierten. Sie erreichten auch damit, daß die Schriften dann öffentlich verbrannt wurden. Was war aber die Folge davon? Die Dominikaner haben großen Gefallen am Verbrennen jüdischer Bücher gefunden, und einige Jahre später haben sie viele hunderte Exemplare des Talmud den Flammen des Scheiterhaufens auf demselben Platze übergeben. Der fromme Philosoph des 15. Jahrhunderts Hillel b. Samuel in Verona zeigt mit dem Finger auf dieses Geschehnis und sagt, dies sei die Strafe Gottes gewesen für die Denunzierung der maimussischen Schriften, die zu ihrer öffentlichen Verbrennung führte. Um die „Häresie" des Chassidismus zu bekämpfen, haben 1798 fromme Vorsteher der jüdischen Gemeinde Wilna den berühmten chassidischen „Raw" R. Salman Schneersohn, Schöpfer der Richtung „Chabad" im Chassidismus, bei der russischen Regierung als „gefährlichen Revolutionär" denunziert, und er wurde in Ketten nach Petersburg gebracht und dort in der Zitadelle eingekerkert. Die Herren Denunzianten kamen aber nicht auf ihre Rechnung. Nicht nur, daß der „Raw", nachdem sich die Regierung von der Nichtigkeit der Beschuldigung überzeugt hatte, in Freiheit gesetzt wurde, er erhielt noch den Nimbus des Märtyrertums, und dadurch gewann der Chassidismus bei den jüdischen Massen Weißrußlands, wo er früher nur wenige Anhänger zählte, an Sympathie und Popularität und faßte bei ihnen feste Wurzeln. Jetzt betritt die agudistische Orthodoxie denselben Weg gegen den „ketzerischen" Zionismus, indem sie ihn durch ihren politischen Vertreter öffentlich denunziert — im Namen Gottes. Diese Kampfmethode ist leider nicht dazu angetan, die Beziehungen der durch die Aguda repräsentierte Orthodoxie zum ganzen jüdischen Volke zu verbessern.

Ben Schimon.

Der Jerusalemer Tempelleuchterfuß im Veitsdom zu Prag

Reich, sehr reich an kostbaren Reliquien und seltenen Altertümern ist der Veitsdom zu Prag, aber zu seinen eigenartigsten Stücken dürfte ein alter Leuchterfuß gehören, der im Altartisch der Sigismundkapelle eingebaut ist. Von dem oberen Teil, den erst in späterer Zeit Erzherzog Leopold, Erzbischof von Breslau, anfertigen ließ, ragen nur die Träger mit den Armen hervor, auf die man kleine Brustbilder aufgesetzt hat, so daß das ganze wie ein Stammbaum aussieht. Von dem Fuße des Leuchters ist nur der vordere Teil und auch nur durch ein Eisengitter sichtbar. Er bildet ein erzenes Dreieck, das ein Gewirr von Männergestalten im Kampfe mit Löwen, Lindwürmern und anderen Ungeheuern, die gut herausgearbeitet sind, zeigt. Dieses Dreieck ruht auf erzenen Tierköpfen und Klauen über einer weißen Marmorplatte, die Wenzel IV. anlegen ließ und die folgende Inschrift trägt:

„instut est candelabrum de temple salomonis in ihrusalem vi armata receptum in Mediolano per ducem et barones Boemie Ao. Di. MCCCXCV hic locatum."

Danach soll also dieser Teil der Teil eines Leuchters aus dem Tempel Salomos sein, den, der Sage nach, der Herzog von Böhmen in Mailand erbeutet habe. Nach einer anderen Version soll Kaiser Friedrich II. Barbarossa dieses Stück im Jahre 1162 nach der Eroberung Mailands seinem Waffengefährten Wladislaus II. zum Geschenk gemacht haben. Der bekannte Historiker Dobrowsky hat bereits im Jahre 1828 im Maiheft der Zeitschrift des Böhmischen Nationalmuseums nachgewiesen, daß Wladislaus ihn zu dieser Zeit nicht aus Mailand mitgebracht haben kann, da er im genannten Jahre gar nicht in Italien geweilt hat. Es ist bekannt, daß der Herzog vom Kaiser im Jahre 1158 von der Heeresgefolgschaft entbunden wurde und für sich und seine Böhmen die Erlaubnis erhielt, in die Heimat zurückzukehren. Wohl hatte das böhmische Heer hervorragenden Anteil an der Belagerung der Stadt, aber bei der Eroberung war der Herzog nicht zugegen. Es ist ferner geschichtlich nachgewiesen, daß beim Abschied der Kaiser dem Fürsten jenes Banner überreichte, das den aufrechtstehenden, weißen, doppeltgeschweiften Löwen zeigte, der später das Staatswappen des Königreiches und nachher auch der Tschechoslowakischen Republik geworden ist, ihm ein Diadem verehrte, das er selbst vom König von England erhalten haben soll und ihm auch 1000 Mark schenkte. Von einem Leuchterfuß aber ist nirgends die Rede. Ein anderer Historiker, Pulkawa, gibt an, daß andere böhmische Fürsten (Friedrich und Theobald) den Fuß 1163 erhalten hätten, — Beczkowsky aber glaubt, daß der Erzbischof von Mailand das Stück dem Bischof Daniel von Prag, der als Friedensvermittler nach Italien kam, zum Geschenk gemacht habe.

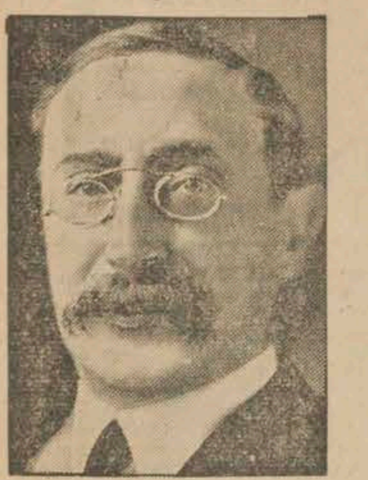
Sind die Umstände, unter denen der Leuchterfuß nach Prag kam, schon dunkel und voller Widersprüche, so ist die ursprüngliche Herkunft noch zweifelhafter. Schon aus religiösen Gründen ist es möglich, daß das oben beschriebene Stück zum Inventar des Salomo-Tempels gehört haben kann. Außerdem beweist die Arbeit, daß es sich um ein Kunstwerk aus der neugriechischen Epoche handelt, denn der Einfluß der ägyptischen Kunst ist evident. Der Stil der Darstellung ähnelt den Bildwerken, die sich als Verzierung an den Baudenkmälern der vorgothischen Zeit, also vor 1200, finden. Wenn also der Fuß wirklich aus dem Tempel in Jerusalem stammen sollte, so kann dies nur jenes Gotteshaus gewesen sein, das in der Nachexilzeit von den griechisch-byzantinischen Kaisern aufgeführt wurde, nie aber der Tempel Salomos. Für diese Annahme spricht auch die Tatsache, daß eben dieser Nachexiltempel in einem der ersten Kreuzzüge vom Enkel Robert Guiscards, Tankred, der 1112 in Antiochia starb, ausgeplündert wurde, und es ist sehr wohl möglich, daß von den in die Heimat zurückkehrenden Kreuzfahrern der Leuchterfuß nach Mailand gebracht worden ist.

Schon im Jahre 1310 befand sich das Stück im Besitz des Veitsdomes. Damals stand es vor dem Hauptaltar der Kirche, in späteren Jahrhunderten war es über dem Grabe des Heiligen Nepomuk angebracht, wurde dann in einer Seitenkapelle aufgestellt und fand vor etwa 130 Jahren dort seinen Platz, wo es heute noch steht, in der Sigismundkapelle.

W. Sternfeld.

Léon Blum in der Prager Altneuschul

Donnerstag, den 23. September, vorabends, besuchte Léon Blum die Altneuschul-Synagoge in Prag. Der Beamte der jüdischen Gemeinde Franz Fischhof, der zugegen war, begrüßte ihn in hebräischer und französischer Sprache, worauf Léon



Blum mit den Worten erwiderte, er sei ein treuer Sohn unserer Religion. Mit großem Interesse erkundigte sich Léon Blum, in dessen Gesellschaft sich seine Frau und Tochter befanden, nach allen historischen Denkwürdigkeiten dieser alten Prager Synagoge und verweilte in ihr länger als eine halbe Stunde. Sodann begab sich Léon Blum auf den alten jüdischen Friedhof, den er ebenfalls besichtigte.

Veranstaltungskalender:

1. Oktober. Makabi: Beginn der Turnübungen, Turnhalle, Prag VII., Vinařská 5.
13. Oktober. Zion. Distriktskomitee: Nahum Goldmann: Der Entscheidung entgegen. 20 Uhr. Produktenbörse.
16. Oktober. Jüd. Schulverein: Große Festakademie. Steinersaal, Hybernská. 20 Uhr.
21. Oktober, Zion. Distriktskomitee: Distriktstag. 20 Uhr, Wintergarten Café Aschermann.
23. Oktober. Makabi: Große Akademie. Reportage-Film vom Turnfest in Žilina. Žilinaer Freiübungen. Tanz.
26. Oktober. Makabi: Generalversammlung.
10. November, Zion. Distriktskomitee: Vortrag Prof. Dr. Max Eisler: Judenkunst und Weltkunst, mit Lichtbildern.

Nahum Goldmann, Mitglied der Zionistischen Weltexekutive, ständiger Vertreter beim Völkerbund, der beste Kenner der politischen und wirtschaftlichen Lage des Judentums, spricht über die Ereignisse im Judentum, über die Lage in Palästina, über die Frage der Teilung und der Gründung des Judenstaates am 13. Oktober, 20 Uhr, im Großen Saal der Produktenbörse.

Masaryk-Feier. Am 23. September fand im Israelitischen Knabenwaisenhause in Prag XII. eine Trauerversammlung nach dem verewigten Präsidenten-Befreier statt, an welcher die Direktion, zahlreiche Gäste, die Zöglinge und das Personal der Anstalt teilnahmen. Die Trauerrede hielt Herr Direktor Ing. Karl Běhal. Die eindrucksvolle Versammlung wurde mit der Staatshymne geschlossen.

Die Jugendvereinigung El Al veranstaltete anläßlich ihres einjährigen Bestandes am 23. September einen Aussprache-Abend. Unter den anwesenden Gästen befand sich der Obmann des Zion. Distriktskomitees Dr. Resek. Die von Erich Zemanek geleitete Veranstaltung wurde von Dr. Karel Fleischmann eröffnet, der über die Aufgabe der Jugend in der heutigen Zeit sprach. Der Obman der Vereinigung, Karl Stein, gab einen übersichtlichen Abriß über die Entwicklung der jungen Vereinigung und ihre Leistungen im vergangenen Jahre. Ueber die Mädchenarbeit im El Al berichtete in klarer und sachlicher Form Edith Barth. Paul Kohn, der Gründer und Initiator des El Al, wandte sich in seiner Ansprache an die Eltern. In der Debatte sprach Dr. Felix Resek, Dir. Flusser und Ernst Freud. Dieser Abend hinterließ bei allen Anwesenden den allerbesten Eindruck. Der Ernst und Eifer dieser Jugend läßt zuversichtlich hoffen, daß die Vereinigung El Al auch in Zukunft ihren geradlinigen jüdischen Weg fortsetzen wird.

Jüdische Toynbeehalle, Praha II., Růžová 5. Eröffnung Donnerstag, den 7. Oktober, pünktlich 20 Uhr. Albert Heller: Gedenkworte für Präsidenten Masaryk; Dr. Herzstein: Was lehrt uns die jüdische Geschichte; Dr. Lévy: Violinvorträge. Eintritt, Garderobe, Erfrischungen frei.

Vier Meisterkonzerte meldet für die neue Konzertsaison die Konzertdirektion „AMÉ". Beim ersten Konzert wird am 6. Oktober der berühmte Violinvirtuose Milstein spielen. Das zweite Konzert findet am 15. Oktober in der Produktenbörse statt, mit dem weltbekannten Cellisten Emanuel Feuermann. Der dritte Abend ist ein Chopin-Abend mit Alexander Brailowsky, am 11. November im Smetanasaal. Am 2. Dezember beschließt diese Reihe von Meisterkonzerten ein Abend mit dem ausgezeichneten Gitarristen Andres Segovia in der Städtischen Bücherei. Alle diese Konzerte werden ein künstlerisches und gesellschaftliches Ereignis bedeuten. Anmeldungen und Informationen bei allen Vorverkaufsstellen. e.

Kanzleieröffnung. Dr. Leo Schulz hat seine Advokaturskanzlei, Praha II, Lützowova 21, eröffnet. Tel. 23.571.

Klub jüdischer Kaufleute in Prag. Zusammenkunft der Mitglieder jeden Donnerstag, 8 Uhr abends im Café Urban. e.

BRÜNN

Trauersitzung des Kultusausschusses für den Präsidentbefreier T. G. Masaryk

Widmung von 100.000 Kč für ein humanitäres Werk.

Die Trauersitzung des Kultusausschusses fand am 23. September d. J. in dem mit Trauerflor und Blattpflanzen geschmückten, neuen Wintertempel statt. Gemeindevorsteher Julius Zwicker hielt die Trauerrede, in welcher er das unvergeßliche und einzigartige Wirken Masaryks, namentlich aber dessen wiederholtes Eintreten für das Judentum in bewegten Worten zum Ausdruck brachte und die Treue der tschechoslowakischen Judenschaft zum Staate hervorhob. Nach dieser Rede verharrten die Ausschußmitglieder in längerem Stillschweigen. Sodann beantragte der Gemeindevorsteher, daß der Ausschuß den Beschluß fassen möge, zur Ehrung des Andenkens an Masaryk einen Betrag von 100.000 Kč zur Errichtung eines humanitären Werkes zu widmen, und sprach hiebei die Erwartung aus, daß auch die Brünner jüdische Bevölkerung diesem Zwecke Bausteine zuführen werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach dem Spielen der beiden Staatshymnen am Harmonium durch den Organisten der Kultusgemeinde schloß die eindrucksvolle Sitzung. — In der nächsten Zeit werden Spenden von Bausteinen für das erwähnte humanitäre Werk erwartet, und wurde bereits durch die Firma Brück und Engelsmann der namhafte Betrag von 25.000 Kč gezeichnet. Wie verlautet, kommt als humanitäres Werk zunächst ein jüdisches Altersheim in Betracht. A. St.

Elternvereinigung der jüdischen Schulen. Am 22. September fand im Zeichensaale des jüd. Reform-Realgymnasiums die diesjährige Hauptversammlung der Elternvereinigung statt, bei welcher Obmann Ing. Spitz den Vorsitz führte. Der Leiter des Gymnasiums Doktor Drachmann begrüßte die Erschienenen, insbesonders den neuernannten Oberlehrer der jüd. Volksschule Walter Donebaum, widmete warme Worte des Gedenkens an den verstorbenen Altpräsidenten T. G. Masaryk und erstattete kurz den Tätigkeitsbericht. Er verwies hauptsächlich darauf, daß die Bekleidungsaktion für arme Schulkinder, eine der Hauptaufgaben der Vereinigung im verflossenen Jahre durch die Kultusgemeinde durchgeführt wurde, heuer aber wieder der Elternvereinigung zufallen werde. Eine wichtige Tätigkeit entfaltete dieselbe mit der Berufsberatung und zugehörigen Eignungsprüfung, über welchen Gegenstand Prof. Ing. Otto Fuchs zwei Vorträge hielt. Derselbe verläßt leider heuer das jüdische Reform-Realgymnasium. Zur Erzielung einer Vereinheitlichung der jüdischen Volksschulen in Prag, Brünn und M.-Ostrau fand heuer im Sommer eine erfolgreiche Lehrerkonferenz statt. Das jüd. Gymnasium in Brünn steht in dieser Hinsicht isoliert da. Der Referent dankte schließlich der Kultusgemeinde für ihre Unterstützung und empfahl die Benützung der reichhaltigen jüdischen Gemeindebibliothek. Sodann fand eine Diskussion über das Thema „Wie erziehe ich mein Kind im jüdischen Geiste?" statt, an der sich die Herren Dr. Drachmann und Fleischmann sowie Frau Paula Steiner beteiligten, und bei welcher auch die Einführung eines Jugendgottesdienstes zur Sprache kam. Dr. Drachmann dankte noch dem Elternrat, insbesonders jedoch dem Obmann Ing. Spitz, für ihre Bemühungen, worauf mit geringfügigen Aenderungen die Wahl des neuen Ausschusses vorgenommen und Ing. Spitz abermals zum Obmann gewählt wurde. A. St.

Jüdischer Volksbildungsverein „Toynbee". In der am 23. September stattgefundenen konstituierenden Ausschußsitzung wurden abermals Dr. Hugo Stransky zum Obmann, Prof. Dr. König zum Obmannstellvertreter, Dr. Oskar Oppenheim zum Kassier und Ing. Artur Steiner zum Schriftführer gewählt. In der darauf sich entwickelnden Wechselrede wurden nach kurzem Referate des Obmannes die Richtlinien für die Vorträge und Veranstaltungen in der heurigen Saison besprochen, die sich im Wesen an die der früheren Jahre halten werden. Eingeleitet werden dieselben durch eine Trauerfeier für T. G. Masaryk am 3. Oktober, bei welcher Doktor Josef Kapp die Gedenkrede halten wird. A. St.

Die orth. Synagoge „Agudath Achim" hielt am Samstag für den Präsident-Befreier T. G. Masaryk einen Trauergottesdienst ab. Herr Siegmund Unger hielt eine eindrucksvolle Trauerrede; anschließend daran wurde von Herrn Oberkantor Bakon das Seelengebet vorgetragen.

TURNEN UND SPORT

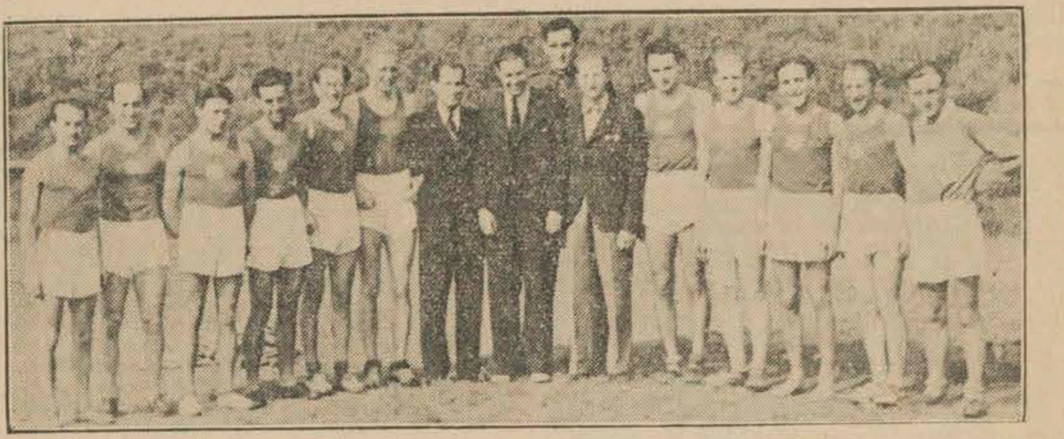
Um die Beschickung der III. Makabiah

Die Frage der Beschickung der Makabiah mit Aktiven ist diesmal viel schwieriger zu lösen als bei der ersten und zweiten Makabiah, da die veränderten politischen Verhältnisse und damit die Zertifikatsbestimmungen den einzelnen Makabireisen nur minimale Möglichkeiten bieten. Es ist jedoch selbstverständlich, daß im Rahmen dieser gegebenen Möglichkeiten die Auswahl der Aktiven lediglich nach ihren Leistungen, bzw. nach ihren Chancen bei den Wettkämpfen der III. Makabiah erfolgen kann. Es wäre allerdings verständlich, wenn bei dieser Auswahl Rücksicht auch auf die ideologische Einstellung der Anwärter auf einen Platz in der tschechosl. Makabiahmannschaft genommen würde. Der tschechosl. Makabikreis hat bisher immer eine gute Wahl getroffen. Sowohl bei der ersten, als auch bei der zweiten Makabiah haben vor allem die tschechosl. Schwimmer vorzüglich abgeschnitten und auch die Ringer und Tennisspieler haben nicht enttäuscht. Sehr gut hielten sich immer die Leichtathleten, die, obwohl früher schwächer als heute, sich an vorderster Stelle plazieren konnten. Schließlich haben auch die Turner, bei denen das Niveau der Spitzenkönner allerdings etwas gesunken sein dürfte, stets ehrenvolle Plätze belegen können. Bei sorgfältiger Auswahl der Besten sollte deshalb der tschechoslowakische Makabi seine bisherigen Erfolge wiederholen können.

Hagibor gewinnt Leichtathletikmeisterschaft von Böhmen

Ein tschechoslowakischer Makabirekord vier Klubrekorde — fünf erste Plätze

Knapp vor Beendigung der Leichtathletiksaison feierten die Hagiborathleten einen in der Geschichte des Klubs noch nicht verzeichneten Erfolg durch die Erringung der Landesmeisterschaft von Böhmen, die Samstag und Sonntag auf dem Hagiborplatz stattfand und deren gute Organisation wieder allgemein anerkannt wurde. Wenn auch dieser Sieg nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben ist, daß die anderen Prager Großklubs die Wettkämpfe nicht vollbeschickten, verdient dennoch der Elan hervorgehoben zu werden,



Von links nach rechts: Ertl, Wilheim, Borger, Goldschmiedt, Deutsch, Petschau V., Blödy, Sportwart Steiner, Freund Pavel, Lány, Freund Kurt, Wasser, Fischmann, Schwarz, Allina.

mit dem alle Hagiboraner in den Kampf gingen und der ihnen dieses Jahr schon so manchen hübschen Erfolg gebracht hat. Auch die Athletinnen des Hagibor hielten sich ausgezeichnet und werden wohl bald noch eine bessere Rolle spielen als bisher. Bei den Wettkämpfen wurden vier Klubrekorde unterboten, und zwar zwei von den Damen und zwei von den Herren, wobei Wasser im 400-m-Hürdenlauf 62,4 Sek. erzielte, welche Zeit auch einen neuen tschechoslowakischen Makabirekord bedeutet, den bisher Schwarz (Hagibor) seit 1932 mit 63,2 Sek. hielt.

Dabei hätte Wassers Leistung noch besser sein können, hätte er nicht sofort nach Beendigung des Weitsprunges, in dem er abermals eine sehr hübsche Leistung bot, zum Hürdenlauf antreten müssen. Auch die nach den letzten Regentagen schwere Bahn drückte auf die Ergebnisse, was besonders bei den Sprinterleistungen zum Ausdurcke kam. Aber auch sonst hätten wohl die Hagiborsprinter, die nach einer überaus anstrengenden Saison fast völlig ausgepumpt sind, ihre früheren Leistungen kaum erreicht, was besonders von Fischmann gilt, dessen Formrückgang schon vor zwei Wochen in Brünn klar ersichtlich war. Blödy holte sich zwei Titel in gewohnt sicherer Manier. Freund Pavel gewann einen ersten und einen zweiten Platz, wobei er im Kugelstoßen mit 12,83 m einen neuen Klubrekord aufstellte. Schließlich gewann Hagibor auch beide Staffeln. Es gab eine kleine Sensation, als als Schlußmann der kurzen Sprinterstaffel Ing. Engel, der nach seinem im Frühling erlittenen schweren Knieverletzung zum erstenmal wieder antrat, durchs Ziel ging. Auch die Damen zeichneten sich in den Staffeln aus und konnten sich beide Male recht knapp hinter der Reichenberger Meisterstaffel als zweite placieren. Das fleißige Staffeltraining hat hier offensichtlich Früchte getragen. Heldin der Damenabteilung war aber die talentierte Hahn, die im Weitsprung mit 427, 436 und 441 cm nacheinander dreimal den Klubrekord verbesserte. Auch Frau Löffler lief in den Staffeln und über 800 m sehr energische Rennen.

Die Ergebnisse waren: Herren: 100 m: 4. K. Freund 12.1. Die gleiche Zeit liefen in den Vor- und Zwischenläufen noch Lány, Roubitschek und Fischmann. — 200 m: 3. Freund 24.1. — 400 m: 2. Goldschmiedt 55.6, 3. Schwarz 57.2. — 800 m: 2. Goldschmiedt 2:07.3, 3. Schwarz 2:08.4, 5. Ertl 2:15.2. — 1500 m: 1. Blödy 4:18.2, 4. Schwarz 4:40.6, 5. Ertl 4:48. — 5000 m: 1. Blödy 16:26.3, 4. Allina 17:55.4, 5. Birnholz. — 10.000 m: 3. Allina 37.13.2. — 110 m Hürden: 2. Wilheim 20.0, 3. Petschau 20.4. — 400 m Hürden: 2. Wasser 62.4 (čsl. Makabirekord), 3. Schwarz 64.4, 4. Goldschmiedt 65.4. — 4mal 100 m: 1. Hagibor I (Freund K., Freund P., Fischmann, Ing. Engel) 46.3, Hagibor II disqual. — 4mal 400 m: 1. Hagibor I (Wasser, Petschau, Goldschmiedt, Fischmann) 3:49.4, 2. Hagibor II (Schwarz, Wilheim, Deutsch, Ertl). — Weitsprung: 2. Wasser 646 cm (seine Serie war: 630, 605, 605, 635, 632, 646), 4. Petschau W. 611 cm. — Dreisprung: 5. Wasser 11.80 m, 6. Deutsch 11.69 m. — Stabhochsprung: 2. Borger 290 cm, 4. Petschau F. 275 cm. — Diskus: 1. Freund P. 42.85 m, 6. Petschau W. 37.17 m. — Kugel: 2. Freund P. 12.83 m (Klubrekord), 4. Petschau W. 11.13 m. — Hammer: 4. Petschau W. 23.51 m. Gesamtwertung: 1. Hagibor 69 P. — Damen: 100 m: Hahn und Spitz fielen in 15.3, bezw. 15.1 in den Vorläufen aus. — 200 m: 4. Hahn 32.1. — 800 m: 2. Löffler 2:57.6. — 4mal 100 m: 2. Hagibor (Busch, Spitz, Löffler, Hahn) 58.6 (Klubrekord). — 4mal 200 m: 2. Hagibor (Busch, Spitz, Löffler, Hahn) 2:04.8. — Weitsprung: 5. Hahn 441 (Klubrekord). — Hochsprung: 4. Busch 135 cm. Gesamtwertung: 4. Hagibor 11 Punkte.

Bei den Hagibor-Klubmeisterschaften am Dienstag gab es die besten Ergebnisse im 200-m-Hürdenlauf, den Wasser in der guten Zeit von 28.9 Sek., die nur um 5 Zehntelsekunden schlechter ist als der von Stiller (ŽAC) gehaltene čsl. Makabirekord, gewann, und im 2000-m-Lauf, in dem Blödy ohne Konkurrenz eine Zeit von 5:59.4 Min. erzielte. Die sonstigen Ergebnisse waren schwach: 100 m: 1. Freund 11.7, 2. Fischmann 11.9, 3. Wasser 12. — 200 m: 1. Freund 24.4, 2. Fischmann 24.5, 3. Wasser 24.6. — 800 m: 1. Goldschmiedt 2:09, 2. Schwarz 2:11.1, 3. Roubiček 2:15. — 200 m Hürden: 1. Wasser 28.9, 2. Wilheim 29.5, 3. Lány 29.6. — Hochsprung: 1. Wasser 165. — Weitsprung: 1. Wasser 603, 2. Lány 573. — Diskus: 1. Lány 29.26. — Kugel: 1. Horwitz 10.99.

Gleichzeitig wurden Wettkämpfe der Damen und Zöglinge um das Hagibor-Leistungsabzeichen durchgeführt, bei denen in je einem Lauf, Sprung und Wurf Mindestleistungen erreicht werden mußten, um das Leistugsabzeichen zu erringen. Hahn konnte ihren Sonntag aufgestellten Weitsprungrekord abermals um weitere 3 Zentimeter auf 4.44 m verbessern. Ring warf den Diskus 32.50 m, Fischer sprang 150 cm hoch und Klauber lief 1000 m in 3:00.1 Min. Das silberne Leistungsabzeichen errangen von den Damen Hanka Spitz, von den Zöglingen Lány und Pollak; das bronzene von den Damen Hahn, Weißenstein, Lampl und Wilma Braun, von den Zöglingen Fischer, Ring, Klauber und Himlauer.

ŽAC, Brno veranstaltet am Sonntag ein internationales Leichtathletikmeeting im Sokolstadion, an dem Hakoah Wien mit vierzig Mitgliedern teilnimmt, darunter König, Kaiser, Deutscher, Gerda Gottlieb. Die Hakoah-Zöglinge werden im Rahmen des Meetings gegen den Nachwuchs des ŽAC. ein Interklubmatch austragen. Von Hagibor Prag nehmen Freund Pavel, Blödy und Wasser teil.

Leichtathletikmeeting des Makabi Karlsbad findet am 11. Oktober um 10 Uhr auf dem Sportplatz Atus statt. Im Anschluß werden Wettkämpfe in Volley- und Handball abgehalten. Bei schlechter Witterung finden Gerätemannschaftskämpfe im Turnsaal statt. Meldungen bis 5. Oktober an Karl Koretz, Karlsbad-Fischern, Masarykova. Die Leichtathletikbewerbe werden in folgende Kategorien ausgetragen: 12—14 Jahre, 14—16 Jahre, 16—18 Jahre und über 18 Jahre.

Weiß (Makkabäa Bratislava) gewann bei den slowakischen Landesmeisterschaften das Hammerwerfen mit 37.13 m.

Anerkannte Makabi-Weltrekorde. In der letzten Sitzung der HATO. wurden die von Frau Hedy Bienenfeld-Wertheimer (Hakoah Wien) am 3. September über 100 und 200 m Brust mit 1:26.4 Min., bzw. 3:12.8 Min. aufgestellten Makabi-Weltrekorde anerkannt.

Roderich Menzel gegen Danzig (Makkabäa Bratislava) 6:2, 6:1. Menzel-Danzig gegen Klein-Lustig (Makk.) 6:2, 6:3.

Makabi Prostějov beteiligte sich mit 50 Mitgliedern und der neuen Vereinsfahne an der Masaryk-Trauerfeier der Stadt auf dem Masarykplatz.

Makabi Karlsbad hielt eine Masaryk-Trauerfeier ab.

Makabi Č. Těšín veranstaltet am 12. Oktober seine IV. Generalversammlung, die um 20 Uhr im Saale des Makabi beginnt.

Das Turnier um den Karl-Koretz-Pokal im Tischtennis findet am 2. und 3. Oktober im Jüd. Jugend- und Sportheim auf dem Keilberg statt. Verteidiger des Pokals ist Makabi-Karlsbad.

JÜDISCHE PARTEI

Ortsgruppe Olmütz. Der Ausschuß der hiesigen Ortsgruppe hielt am 16. September eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende Dr. O. Zweigenthal für den verstorbenen Altpräsidenten T. G. Masaryk die Trauerrede hielt. Hierauf gelangten außer den laufenden Angelegenheiten die im folgenden Jahre stattfindenden Gemeindewahlen und die bevorstehenden Wahlen in die Handelskammer zur Sprache, wobei beschlossen wurde, mit den notwendigen Vorarbeiten sofort zu beginnen. Ferner wurden die zum Parteitage nach Brünn zu entsendenden Delegierten bestimmt. Den Mandataren der Partei Herren Rudolf Schulhof, Dr. Friedrich May und Leonhard Beer wurde vom Ausschuß der Dank für ihre erfolgreiche Tätigkeit in der Gemeindevertretung, Finanzkommission und kaufm. Gremial-Ausschuß ausgesprochen. Es wurde auch konstatiert, daß die Mitgliederwerbung gute Fortschritte macht.

Kreisleitung Olmütz und Uh. Hradiště. In Uh. Brod, wo 59 Parteimitglieder gewonnen wurden, findet die Generalversammlung der Ortsgruppe am 10. Oktober um 5 Uhr nachm. statt. Referent: Dr. K. Götzlinger aus Olmütz. In Uh. Ostroh wurden neun Mitglieder gewonnen.

Parteiabzeichen! Die Parteiabzeichen können mittels eigener Bestellkarte zum Preise von 5 Kč pro Stück beim Generalsekretariat M.-Ostrau, Puchmajerova 1, bestellt werden. Bestellkarten sind bei den Vertrauensmännern der einzelnen Orte, bzw. vom Generalsekretariat, anzufordern.

Wichtige Termine für die Delegiertenwahlen

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß nachstehende Termine, die Delegiertenwahlen betreffend, auf das genaueste einzuhalten sind.

11. Oktober 1937 müssen die Mitgliedsbeiträge für das laufende Jahr abgerechnet sein.

14. bis 19. Oktober 1937: Delegiertenwahlen der einzelnen Kreise, gemäß § 39 der Statuten.

21. Oktober 1937 letzter Meldungstag für die Wahlergebnisse.

Vorträge! In der nächsten Zeit wird Abg. Dr. Kugel in Levoča und Nové Zámky und Herr Dr. Götzlinger aus Olmütz in Ung.-Brod politische Referate, die Partei betreffend, halten.

TARBUTH

Stellen suchen: Eine Hebräischlehrerin aus Palästina zu Kindern in Prag. Ein Absolvent des hebr. Gymnasiums (čech. Jurist) in der čech. oder deutschen Provinz. Ein religiöser Student, Absolvent eines hebr. Gymnasiums, Vorbereitungen zu Bar Mizwot und Religionsunterricht in Prag. Einige Hebräer aus Palästina und Absolventen von hebr. Mittelschulen erteilen hebr. Unterricht, sowohl in Einzelstunden als auch in Cerclen. Informationen erteilt Tarbutorg, Praha I., Dlouhá 41, I. Trakt c. o. svas Makabi, Tel. 604-61, vormittags außer Samstag und Sonntag.

Dank an Tarbutfreunde: Wir danken Frau Dr. Pick, H. Oberkantor Rosenberg und H. Oberbahnrat Ing. Thein in Aussig. für die tatkräftige Hilfe, welche sie unserem Sekretär Herrn Madanes gelegentlich seiner Inkasso-Aktion geleistet haben.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Vermählung. JUDr. Valerie Reach, Karl Kosiner am 10. Oktober, ½2 Uhr nachmittags, Prag V., Maislsynagoge. Statt Karten.

GEMEINDEN

Brüx

Wie überall, so hat auch hier der Tod des Präsident-Befreiers T. G. Masaryk tiefe Trauer ausgelöst. Die jüdische Bevölkerung von Brüx und Umgebung nahm zu wiederholten Malen Anlaß, dieser Trauer Ausdruck zu verleihen. So wurde beim Denkmal dieses großen Mannes von Seiten einer Deputation, welche aus Vorstandsmitgliedern des Makabi sowie der Jüdischen Partei und der Zionistischen Korporationen bestand, ein Kranz in Form eines Magen-Dawids niedergelegt. Ferner beteiligten sich an der Ehrenwache sowohl Makabim als auch Angehörige des Techeleth Lawan in großer Zahl. — Sonntag, den 19. September versammelte sich die Repräsentanz der Kultusgemeinde zu einer Trauersitzung, bei der das Vorstandsmitglied, Herr JUDr. Moritz Bandler, die Gedenkrede hielt. Es wurde ferner einstimmig beschlossen, für die von der Verwaltungskommission der Stadtgemeinde in Brüx inaugurierte Altpräsident-T.-G.-Masaryk-Studentenstiftung 500 Kč zu spenden und sich an dem Aufmarsch zur allgemeinen Gedenkfeier korporativ zu beteiligen. Vorher wurde schon im Tempel beim Kol-nidre sowie bei der Seelengedächtnisfeier am Jom-Kippur Gebete für den dahingeschiedenen Altpräsidenten verrichtet. Die eigentliche Trauerfeier fand am Begräbnistage abends, und zwar im großen Tempel, statt. Der Tempel war überfüllt und es hatten sich auch viele auswärtige Mitglieder der Kultusgemeinde eingefunden, um Masaryks Andenken zu ehren. Die Gedenkrede hielt unser Gesinnungsgenosse MUDr. Ernst Tausig, der es verstand, den Zuhörern Masaryks Leben und Wirken, sein Streben und seine Verdienste in überaus klarer und überzeugender Weise zu vermitteln. Die gesanglichen Funktionen versah Herr Oberkantor Müller und der Tempelchorverein. Im Anschlusse daran formte sich ein Zug von einigen hundert Menschen, um geschlossen an der öffentlichen Trauerfeier am Dr.-Švehlaplatz teilzunehmen. Bei dieser Feier versahen wiederum Makabim und Blauweiße mit die Ehrenwache. Schließlich wurden am Sukkothfeste viele Thoraspenden für Kfar Masaryk gegeben. Die Judenschaft von Brüx hat also das Andenken des Herrn Präsident-Befreiers in überaus würdiger Weise hoch gehalten. K.

Bzenec

Die Israel. Kultusgemeinde hat gemeinsam mit der Zion. Ortsgruppe am Begräbnistage des verewigten Präsident-Befreiers T. G. Masaryk anschließend an den Vormittaggottesdienst eine Trauerfeier abgehalten, an welcher im schwarz drapierten Tempel sich die gesamte hiesige jüdische Einwohnerschaft beteiligte. Die Trauerrede wurde in ergreifender Weise durch den Vorsteher-Stellvertreter Herrn Heinrich Büchler, die Trauergesänge durch Herrn Kantor Iritzer vorgetragen, wonach die Staatshymne und die Hatikwah durch die Damen Mizzi Guttmann, Else Gutmann, Else Fischkus, Lili Fischkus, Ruthi Munk und Stella Fürst gesungen wurden. Bei der am Abend des Begräbnistages durch die Stadtgemeinde abgehaltenen Trauersitzung war die jüdische Einwohnerschaft durch die Herren Stadtrat Heinrich Büchler, Emil Frankl und Rudolf Glaser vertreten. Die Kultusgemeinde hat auf dem durch den Stadtrat am Marktplatz errichteten Kenophat einen Kranz zum Gedenken an den Präsident-Befreier T. G. Masaryk niedergelegt. H. B.

Dolní Kounice

Am 29. August wurde anläßlich der Eröffnung des neurenovierten Tempels das 40jährige Amtsjubiläum des Rabbiners Heinrich Flesch gefeiert. Zahlreiche Gäste und Abordnungen aus den Nachbargemeinden Brünn, Eibenschitz, Kromau, Pohrlitz, Nikolsburg und Mißlitz, sowie zahlreiche Schüler des Jubilars, die Spitzen der Gemeindevertretung, sowie auch der verschiedenen staatlichen Behörden und Aemter, Vertreter der Pfarrgemeinden usw. waren erschienen. Die Feier wurde von Herrn Oberkantor Mann und den Herren Kantoren Ast, Herrmann, Weißmandl und dem Tempelchor aus Brünn mit einem feierlichen Minchagebete eingeleitet, worauf die Thorarollen eingeholt und der Haleluja-Choral gesungen wurde. Anschließend hielt Rabbiner Dr. Is. Kahan aus Pohrlitz die Begrüßung und Festpredigt. Hernach ergriff Oberrabbiner Dr. L. Lövy das Wort zu einer ausführlichen Ansprache und überbrachte die Glückwünsche im Namen des Landesverbandes der Kultusgemeinden, des Rabbinerverbandes der Kultusgemeinde Brünn. Namens der einstigen Schüler des Jubilars sprach Kammerrat Gustav Hass. Es sprachen noch Rabb. Willmann (Nikolsburg) als Vertreter des „Jüd. Zentralmuseums" und Rabb. Tauber aus Gewitsch als Studiengenosse. Dr. Flesch dankte mit schlichten Worten und erteilte allen Anwesenden den Segen. Die Tempelrenovierung leitete Herr Arch. Hans Haas aus Brünn, die Aufsicht oblag dem Tempelvorstande Karl Ehrenhaft, in dessen Händen und umsichtiger Leitung auch die so glänzend gelungene Festveranstaltung lag.

Eger

Am 20. September fand im Tempel ein Masaryk-Trauergottesdienst in Gegenwart sämtlicher Spitzen der Behörden statt. Die Trauerrede hielt Rabbiner J. Sud. Oberkantor Wilkowitsch sprach eine hebr. Haskara und sang mit Orgelbegleitung den selbstvertonten Psalm Nr. 23.

Falkenau a. d. Eger

Am 25. September veranstaltete die Zion. Ortsgruppe eine Masaryk-Trauerfeier. In der Gedenkrede hob der Obmann Dr. Hans Unger die Stellung des großen Toten, dessen Größe das jüdische Volk erlebt hat, zu den Juden und Zionisten hervor. Es wurde beschlossen, den Namen T. G. Masaryk zum ehrenden Andenken in das Goldene Buch des Jüd. Nationalfonds einzutragen.

Hustopeč

Am 19. September versammelten sich im schwarz ausgeschlagenen Tempel die Mitglieder unserer Gemeinde wie auch Vertreter der Bezirksbehörde und Gäste der verschiedenen Korporationen, Schulen und Konfessionen. Durch Rezitation der Psalmen 17 und 90 wurde die Trauerfeier für T. G. Masaryk eingeleitet, worauf Herr Rabb. Hugo Löwy eine eindrucksvolle Trauerrede hielt. Mit dem Gebet für den Staatspräsidenten und dem Kaddischgebet wurde die würdige Feier geschlossen.

Jägerndorf

Eine würdevolle Feier in dem zur Trauerhalle umgewandelten Gotteshause gab ein Bild des Schmerzes ob des Heimganges unseres allverehrten Altpräsidenten T. G. Masaryk. Alle Gemeindemitglieder hatten sich zur Ehrung des großen Europäers eingefunden, die Vertreter aller Behörden haben den Einladungen Folge geleistet. Die von Oberkantor Herman Behr im Verein mit seinen Sängern und der Solistin Grete Fried vorgetragenen Trauerchoräle ergriffen alle Anwesenden. Doktor Kurt Behr hatte die Orgelbegleitung übernommen; sein Spiel war der Inbegriff hoher Weihe. Rabbiner Dr. Rudolfer würdigte in zutreffenden Worten den Verstorbenen.

Mor.-Ostrava

Am 22. September wurde im hiesigen Haupttempel ein feierlicher Trauergottesdienst für den dahingeschiedenen Altpräsidenten T. G. Masaryk veranstaltet. Weit mehr als 2000 Menschen waren herbeigeeilt, um auf solche Weise Zeugnis abzulegen von ihrer Trauer, ihrer Liebe und ihrer Verehrung. Nach zwei Chören, die der hiesige jüdische Gesangverein vortrug, und einem Gesangsvortrag des Oberkantors Löwy ergriff Rabbiner Stránský aus Žilina das Wort, um der Trauerversammlung in hinreißend schöner Weise noch einmal die Bedeutung und das Wesen des großen Toten zu erläutern. Herr Rabb. Stránský verglich den Alt-Präsidenten mit dem bilblischen Erbauer des Tempels, feierte ihn als Sohn des Herzens und des Lichtes und zeigte die ganze Größe dieses Gerechten auf, bei welchem Wort und Tat eins wurden, weil ihm Kompromisse in sittlicher Hinsicht fremd waren. Nach Gesangsvorträgen und nach einem Gebet für das Wohl des Staates, welches Herr Rabbiner Dr. Spira sprach, wurde die würdevolle Feier durch die Staatshymne und die Hatikwah beendet. Den Trauergottesdienst beehrten durch ihre Anwesenheit Vertreter fast aller Behörden in Mor. Ostrava besonders ein großer Teil des Offizierskorps der Garnison. — Am 23. September hielt Dr. Hugo Brauner im Versammlungssaale der Kultusgemeinde einen Vortrag über den Peelbericht. Er erläuterte in gründlicher Weise diesen Bericht mit besonderer Rücksicht auf unseren Standpunkt und bot bei weitem mehr als einen bloß informativen Vortrag. Der Besuch war gut, aber der Wichtigkeit und der Aktualität des Themas trotzdem wenig angemessen. Der zweite Vortrag Dr. Hugo Brauners über den Peelbericht findet am Donnerstag, dem 30. September um halb 9 Uhr im Versammlungssaale der Kultusgemeinde statt.

Olmütz

Am 22. September veranstaltete die hiesige Zion. Ortsgruppe eine würdige und überaus eindrucksvolle Trauerfeier für den verstorbenen Präsident-Befreier T. G. Masaryk. Der Saal der COB. war schwarz ausgeschlagen, am Podium stand die Büste Masaryks in Scheinwerferbeleuchtung zwischen Palmen. Mitglieder des Makabi hielten die Ehrenwache. Die Staatsfahne und die Zionistische Fahne waren in Trauerflor gehüllt. Eröffnet wurde die Feier durch ein ergreifendes Terzett, das, unter bewährter Leitung Kantor Stößlers, von den Herren Waldmann und Beer vorgetragen wurde. Der Vorsitzende des Volksvereines „Zion", Dr. Tauber, schilderte hierauf die Beziehungen Masaryks zum Judentum, seine positive Einstellung zum Zionismus und erklärte, daß allen Bewohnern dieses Staates jetzt die Pflicht obliegt, das größte Vermächtnis des Dahingeschiedenen zu wahren und zu verteidigen: die demokratische Tschechoslowakische Republik. Kantor Stößler brachte das El mole rachamim zum Vortrag, JUC. Redlich rezitierte ein selbstverfaßtes Gedicht und die Staatshymnen beendigten die Trauerfeier, die bei allen Anwesenden einen tiefen Eindruck hinterließ.

Im Anschluß an die Trauerfeier erstatteten Dr. Paul März und Jehuda Rezničenko Kongreßreferate. Dr. März gab eine erschöpfende und ungemein informative Darstellung des Peelberichtes und die Stellung des Kongresses zu den damit zusammenhängenden Fragen. Er zeigte auf, daß es unter den gegebenen Umständen gar keine andere Möglichkeit gab, als Weizmann die uneingeschränkte Vollmacht zu Verhandlungen zu geben; diese Vollmacht sei ohne Zweifel gleichzeitig eine Zustimmung zur Teilung gewesen, freilich nicht zur Teilung in der von der königlichen Kommission vorgeschlagenen Form. War der Vortrag des Herrn Dr. März instruktiv in des Wortes bester Bedeutung, läßt sich dies leider vom zweiten Referat nicht mehr ohne Vorbehalt sagen. Rezničenko sprach scharf gegen die Teilung, um aber mit der Erklärung zu schließen, er habe am Kongreß für die Vollmacht an die Exekutive gestimmt. Auch sonst war seine Argumentation nicht immer ganz lückenlos und logisch, oft auch in ihren wesentlichen Punkten zu billig. Jedenfalls konnte man eine Vorstellung von der Fülle der Probleme nach Hause nehmen. Der Vortrag war übrigens die erste Veranstaltung der in Bildung begriffenen Ortsgruppe, d. i. der Dachorganisation des Volksvereins und der Poale Zion. V. Z.

Prostějov

Am 21. September fand im großen Tempel eine von der Kultusgemeinde gemeinsam mit den jüdischen Korporationen veranstaltete Masaryk-Trauerfeier statt. Rabb. Schön hielt eine würdige Gedenkrede. Stella Kleiner brachte hierauf eine Dichtung Nezvals mit Verständnis zum Vortrag. Gesänge des Tempelchors unter Leitung und Mitwirkung des Oberkantors Marmorstein eröffneten und beschlossen die würdige Feier, an der auch die Spitzen der Behörden, Abordnungen der Schulen und der bewaffneten Macht teilnahmen. Sie hinterließ bei allen Anwesenden einen nachhaltigen Eindruck. Dr. V. W.

Trnava

Am 26. September veranstalteten die zionistischen Organisationen eine feierliche Masaryk-Trauerkundgebung. Nach einer kurzen Begrüßungsanrede des Präses Alexander Adler, würdigte Direktor Frankl in ergreifender Weise die unvergänglichen Verdienste Masaryks. Besonders schilderte er seinen Lebenskampf im Lichte wahrer Gerechtigkeit und Menschenliebe. Arthur Löffler zeichnete in musterhafter Rede die Grundgedanken T. G. Masaryks, als Kämpfer gegen die Unwahrheit. Der Redner endete seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß der neue jüdische Staat im Geiste Masaryks geführt werden möge. Durch Erheben der Anwesenden und zwei Minuten stiller Andacht fand diese Trauerfeier ihren Abschluß.

Nr. 41 Herausgeber: Verein „Techijah". — Verantw. Redakteur: Dr. Hans Lichtwitz. — Druck: Heinr. Mercy Sohn, Prag. — Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post u. Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 285.643/VII-1936 bewilligt. — Erscheint jeden Freitag. Redaktionsschluß Mittwoch 18 Uhr. — Telephon 62680. Postscheck Konto Nr. 45.983 und 63.372.